Deutsches Reich.

* **Berlin,** 20. Okt. In der gestern abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths machte der Vorsitzende, Staatsminister v. Boetticher, zunächst Mittheilung über die durch Kaiserlichen Erlaß erfolgte Neubildung der Ausschüsse für das Landheer und die Festungen und für das Seewesen. Sodann wurde über das den Vorständen der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften, sowie den Ausführungsbehörden für Reichs- und Staatsbetriebe zum Zweck der Wahl von nichtständigen Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts bei Ausführung der land- und forstwirthschaftlichen Unfallversicherung zu gewährende Stimmenverhältniß Beschluß gefaßt. Mehrere Eingaben, welche sich auf die Ergänzung und Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes richten, sowie die Eingabe eines Gewerbtreibenden wegen Befreiung seines Gewerbebetriebes von der Unfallversicherungspflicht wurden dem Vorsitzenden des Bundesraths überwiesen. Der Eingabe des Vorstandes einer freien Hilfskasse, betreffend die Kosten der staatlichen Beaufsichtigung der freien Hilfskasse, und dem Antrage einer Sektion der Müllerei-Berufsgenossenschaft auf Ausscheidung aus dieser Genossenschaft und Bildung einer neuen Müllerei-Berufsgenossenschaft für den Bezirk dieser Sektion beschloß die Versammlung keine Folge zu geben. Das Gesuch des Vorstandes einer Berufsgenossenschaft um Auslegung der Beschlüsse des Bundesraths vom 21. Mai 1885, betreffend die Bildung der Berufsgenossenschaften für die unter das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juni 1884 fallenden Betriebszweige, wurde den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Justizwesen zur Vorberathung übergeben.

Ebenso wie vor kurzer Zeit das Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz hat neuerdings das Herzogthum Braunschweig beim Bundesrathe den Antrag gestellt, dem Entwurfe einer kaiserlichen Verordnung seine Zustimmung zu geben, wonach das Gesetz betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886 mit dem 1. Januar 1889 für das Herzogthum in seinem vollen Umfange in Kraft treten soll. Für das Gebiet des Herzogthums soll für die landwirthschaftliche Unfallversicherung eine Berufsgenossenschaft mit dem Sitz in der Stadt Braunschweig errichtet werden.

Wie vor einiger Zeit in der Presse gemeldet ist, sind die Wasserbau-Techniker des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, obwohl dessen Ressort bei den in Schlesien stattgehabten Ueberschwemmungen und Hochwasserschäden an sich nicht betheiligt ist, beauftragt worden, in die technische Prüfung darüber einzutreten, wie der Wiederkehr ähnlicher Gefahren am zweckmäßigsten vorgebeugt werden kann, um nöthigenfalls den betheiligten Ressorts mit technischem Beirath an die Hand gehen zu können. Diese technischen Prüfungen dürften so weit vorgeschritten sein, daß sie in der nächsten Woche durch gemeinsame Berathung der betheiligten Behörden dem Abschluß entgegengeführt werden können.

In einer am Freitag in London abgehaltenen Versammlung der Londoner Abtheilung der deutschen Kolonial-Gesellschaft, in welcher Hermann Schmidt den Vorsitz führte, hielt Dr Schlichter einen Vortrag über die Vorgänge im Sudan. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß Emin Pascha schleunig Hilfe gebracht werde. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher sie ihr Interesse für die Emin Pascha-Expedition lebhaft bekundet und den Wunsch ausspricht, daß Deutschland bei der Hilfeleistung womöglich gemeinsam mit England vorgehen möge. Sodann wurde weiter der Beschluß gefaßt, den Ausschuß zur Unterstützung der Emin Pascha-Expedition zu erweitern.

---

* Zur Behebung von Zweifeln sowie zur Einführung eines gleichmäßigen Verfahrens bei Erwerbung von Grundstücken aus Staatsmitteln für Universitätszwecke hat der preußische Kultusminister bestimmt, daß, wenn nicht der Grundstückserwerb bezw. die Bewilligung der Mittel zu demselben ausdrücklich zum Zwecke der Vermehrung des Universitätsvermögens erfolgt ist, im Grundbuche nicht die betreffende Universität sondern der Staatsfiskus, vertreten durch den Kurator der Universität, als Käufer anzugeben ist. In den Fällen, wo Grundstücke zum Theil aus Staatsmitteln und zum anderen aus anderen Fonds für Universitätszwecke erworben werden, ist in jedem Einzelfalle die Entscheidung des Ministers darüber einzuholen, ob die Universität oder der Staatsfiskus als Eigenthümer anzusehen ist.

* Die im Reichs-Justizamt durch den Tod des Geh. Regierungsrath Meyer (Thorn) frei gewordene Stelle ist dem ständigen Hilfsarbeiter und charakterisirten Geh. Regierungsrath Dr Hoffmann übertragen worden. — Aus dem Reichslande erfahren wir, daß die durch den Tod des Bezirkspräsidenten Timme in Kolmar erledigte Stelle dem vortragenden Rath des Statthalters Geh. Ober-Regierungsrath v. Jordan übertragen worden ist. Als Nachfolger des letzteren soll ein Ministerialrath ausersehen sein, der bereits früher einmal in einem Reichsamt angestellt war.

---

* **Berlin,** 20. Okt. S. M. Kanonenboot „Wolf," Kommandant Kapitän-Lieutenant Credner, ist heute in Swatow eingetroffen und beabsichtigt am 29. d. wieder in See zu gehen.

Die Landtagswahlen.

Liberale Wählerversammlung zu Könnern am 21. Oktober.

* Könnern, 21. Okt.

Die nach dem Schützenhause einberufene Versammlung, zu der sich über 200 Personen eingefunden hatten, unter denen wir namentlich auch viele aus den umliegenden Ortschaften erblickten, wurde gegen ½5 Uhr durch Hrn. Stadtverordneten Karl Meyer aus Halle eröffnet. Derselbe begrüßte die Versammlung mit Dankesworten für das so zahlreiche zahlreiche Erscheinen und führte, nachdem er Hrn. Diakonus Grobe um Uebernahme des Amtes als Besitzer ersucht, ungefähr folgendes aus:

M. H.! Ich bin Ihnen zunächst einen Rückblick auf die Jahre seit unserer letzten Landtagswahl schuldig. Sie wissen, daß wir vor drei Jahren mit den Nationalliberalen zusammengingen; und zwar war dies geschehen, nachdem wir schon in früheren Jahren dasselbe Verhältniß innegehalten hatten, und uns darüber klar geworden waren, daß es für unsern Wahlkreis das Wünschenswerthste und Zweckmäßigste sei, alle Liberalen zu vereinigen, und so geschlossen die konservative Partei zu schlagen. So hatten wir seit Jahren gekämpft, und so war es uns leicht, den Sieg zu erringen. Als wir vor drei Jahren nach dieser Richtung hin mit den Nationalliberalen Fühlung nahmen, stellten wir es direkt in den Vordergrund, daß von vornherein eine Verständigung nur in der Voraussetzung geschehen dürfe, daß dieses Zusammengehen bei der nächsten Reichstagswahl im Jahre 1886 weiter innegehalten würde, daß es also ein dauerndes sei, nicht ein einmaliges, zufälliges, vorübergehendes. Ich habe die Verhandlungen damals selbst geleitet und fand damals Zustimmung in jedem Punkte. Die Herren erkannten in jedem Punkte vollkommen um ganz, um, daß ein Zusammengehen im Interesse der liberalen Sache liege. Gerade hier in Könnern wurde von dem Redner des Tages, Hrn. Prof. Haym, betont, daß sie, die Nationalliberalen, selber erkannt hätten, es sei für die liberale Sache gefährlich, wenn die Liberalen mit den konservativen paktirten. Wir selber erklärten damals, daß wir durchaus keine Himmels- und Bilderstürmer seien, daß wir aber den liberalen Standpunkt stets vertheidigen würden, den Standpunkt, der sich stets im Widerspruch mit dem der Konservativen befindet, man möge dabei Fragen annehmen, welche man wolle. Darüber waren wir damals mit den Nationalliberalen vollständig einig und zeigten ihnen sogar den Kandidaten, auf den wir uns bei der Reichstagswahl hereinigten, Herrn Oberamtmann Spielberg, der seit fünfzehn Jahren unseren Wahlkreis vertritt, der dann auch für den Reichstag unser gemeinsamer Kandidat sein konnte. Auch von jener Seite wurde diese Offerte durchaus willig aufgenommen; sie fand bei allen Anklang. Aufgrund dieser Verhandlungen gelang also damals eine Verständigung. Die gemeinsamen Kandidaten vor drei Jahren waren Herr Professor Dr Boretius und Herr Oberamtmann Spielberg. Wir haben damals für beide Kandidaten gestimmt, trotzdem wir entschieden Liberalen die größte Anzahl der Wahlmänner stellten: zuerst einmüthig für Herrn Prof. Boretius und nach dessen Erkrankung ebenso einmüthig für Herrn Prof. Dr Friedberg, der uns als Ersatzmann vorgeschlagen wurde.

Herr Prof. Friedberg hatte nun aber, nachdem er sich selber bereit erklärt, das Mandat aus unseren Händen entgegenzunehmen, auch die Verpflichtungen, die ihm erwachsen, strikte zu respektiren. Er durfte also in keinem Falle für konservative Kandidaturen eintreten, noch viel weniger aber durfte er es wagen, die Liberalen schlecht zu machen. Es dauerte aber gar nicht lange, da ging Herr Prof. Friedberg bei der Reichstagswahl sofort gegen uns, er hielt sich an das Kartell, das von den Konservativen mit den Nationalliberalen in Berlin geschlossen worden war. Veranlassung zum Kartell war das Septennat. Es ist über dasselbe schon genug gesprochen und geschrieben worden, doch muß ich mit einigen Worten darauf zurückkommen. Denken Sie sich jemand, der irgend ein Gut bewirthschaftet und hofft, dasselbe nach drei Jahren an einen Erben abzutreten, der auch Landwirth ist; er hat es also noch für drei Jahre zu verwalten. Dann kann er, als Verwalter, sagen: er wolle seine Dispositionen so treffen, daß er den künftigen Besitzer seine Rechte nach keiner Seite hin streitig mache, er wird also seine Versicherungen so schließen, um das Gut in Stand zu halten, daß sie das Gut für drei Jahre sichern und decken, und der neue Besitzer nach drei Jahren von neuem seine Maßnahmen treffen kann. Dem Verwalter, der so handelt, fällt es nicht ein, daß der neue Besitzer auch dieselbe Versicherung für sein Besitzthum beibehalten solle. So war es mit dem Septennat, wo es hieß die Kosten für das Militär auf sieben Jahre zu bewilligen, während die liberale Partei aus praktischen Gründen gewennt hat, das Mandat der Abgeordneten dauere blos drei Jahre, darum wolle man diese Gelder auch nur für drei Jahre bewilligen. Keinem Menschen aber ist es eingefallen, daran zu denken, daß nach drei Jahren nicht dieselbe Sicherung für das Vaterland durch Bewilligung der geforderten Militärmittel, wenn nöthig, geboten werde. Es handelt sich hier um ganz dieselben Dispositionen, wie ich sie vorhin ausgeführt hatte. Das Septennat kam also damals zur Sprache, und nun trat Herr Prof Friedberg, der die Verpflichtung hatte, die liberalen Grundsätze zu vertheidigen, auf und ging damals nach einem der jerichonischen Kreise, um für konservative Wahlen zu agitiren. Er ist auch im Landtage gegen die Liberalen aufgetreten und hat sogar in neuester Zeit dort gegen dieselben gesprochen. Das Allerschönste hat er allerdings im Bochum geleistet, — nun Sie haben ja wohl alle die Rede Rickert's in der Saale-Zeitung gelesen, die sich mit der bochumer Rede des Herrn Prof. Friedberg befaßte, und Sie werden daraus einen umgefähren Einblick gewonnen haben, in welcher Weise Herr Prof. Dr Friedberg die Liberalen angriff. Wenn Herr Prof. Friedberg in dieser Weise vorgehen wollte, und das konnte er ja, — man kann es ihm auch nicht verdenken, wenn es seine Ueberzeugung war, gegen die Liberalen mit den Konservativen zu gehen, — dann war es seine Pflicht und Schuldigkeit, wenigstens sein Mandat als Abgeordneter niederzulegen. So lange er dies nicht that, so lange er das Mandat, das er aus den Händen aller Liberalen empfangen hatte, nicht niederlegte, so lange durfte er die Liberalen auch nicht schlecht machen.

Wir haben schwere Bedenken gehabt s. Z., als uns der Name des Herrn Prof. Friedberg genannt und in Vorschlag gebracht wurde; wir hielten es darum für nöthig, daß uns von Herrn Prof. Friedberg eine Erklärung über seine politische Stellung gemacht wurde. Er ließ uns daraufhin Mitte März 1886 schriftlich folgendes erklären:

„Daß er zwar nicht auf dem Standpunkt der sog. Manchesterpartei stehe, aber ebensowenig von einer Anhängerschaft des Staatssozialismus entfernt sei. Es wäre grundverkehrt, daraus, daß er Prof. Adolf Wagner's Schüler gewesen, zu folgern, daß er auch die allgemeinen politischen, sowie speziell die sozialpolitischen Anschauungen des genannten Herrn theile. Wie fern er staatssozialpolitischen und verwandten Ansichten stehe, möge, um nur zwei Punkte hervorzuheben, daraus hervorgehen, daß er sich zum Agrarierthum und zu den Bestrebungen, welche auf eine Beschränkung der Gewerbefreiheit durch obligatorische Innungen u. dgl. hinauslaufen, im direkten Gegensatze befinde." (Hört! Hört!)

Auf diese Erklärung hin empfahlen wir Ihnen Hrn. Prof. Friedberg, und wir haben ihn auch, alle, Mann für Mann, gewählt. Das war im März 1886 und jetzt zwei und ein halbes Jahr später, sagt derselbe Hr. Prof. Friedberg in Bochum: liberal und konservativ, also Gegensätze, die, so lange die Welt besteht, immer vorhanden sind, die sich überall entgegenstehen, seien nur Zweckmäßigkeitsfragen. (Gelächter.) Mit anderen Worten: Es existirt kein politischer Unterschied in Bezug auf liberale und konservative Ideen. Derselbe Herr Prof. Friedberg, der als entschieden liberaler Mann die Innungen, das Agrarierthum verurtheilt, der keinen sozialpolitischen Ideen beipflichtet, dieser selbe Hr. Prof. Friedberg erklärt jetzt in Bochum, liberal und konservativ seien Zweckmäßigkeitsfragen. Wie ist es nur möglich, daß jemand in zwei und einem halben Jahre seinen politischen Standpunkt in dieser Weise ändern kann. Mir ist es ein Räthsel, und ich bin blos neugierig, was Hr. Prof. Friedberg um diese Stunde in der Wählerversammlung in Halle eigentlich sagen wird, wie er seinen Standpunkt rechtfertigt, und die Gegensätze, in welche er sich uns gegenüber gesetzt hat. Entweder hat er uns damals die Wahrheit nicht gesagt, oder er hat sie jetzt in Bochum nicht gesagt. Etwas Anderes giebt's nicht. Es ist heute leider überall zu beobachten, wo alle Branchen im privaten und bürgerlichen Leben, in der Staatsverwaltung, in allen Fächern des Beamtenthums u. s. w. so überfüllt sind, daß es dem Einzelnen schwer wird, vorwärts zu kommen, daß zu allen Zeiten ein gewisses Streberthum sich geltend macht, das aber auch stets mit einer gewissen Charakterlosigkeit verbunden ist; ich lasse die Frage unentschieden, ob man diese Beobachtung auch bei dieser Gelegenheit anwenden will.

Heute vor acht Tagen habe ich in Halle zwei Aeußerungen gethan, die Herr Prof. Friedberg als unwahr angreift, und ich habe erklärt, eine Antwort hier zu geben, weil ich mich nicht in eine Zeitungspolemik einlassen werde. Ich sagte: „Herr Prof. Friedberg ging nach seiner Wahl in Halle in einen Jerichow'schen Kreis, um für konservative Wahlen einzutreten, um für einen Intimus Stöckers zu wirken." Daraufhin erklärt Herr Prof. Friedberg, das sei unwahr, er sei selbst als Kandidat aufgestellt und habe für seine Wahl gewirkt. Erst in der Stichwahl sei er für den Konservativen eingetreten. Es sei dies geschehen aus Rücksicht auf das Septennat, jeder andere Nationalliberale würde damals ebenso gehandelt haben. Ja, m. H. jeder andere Nationalliberale dürfte so handeln, nur Herr Prof. Friedberg nicht, er, der von uns gemeinsam gewählt worden war, durfte nicht so handeln. Er mußte sein Mandat niederlegen und schweigen — die zweite unwahre Behauptung soll die sein, daß er seinen Wählern den Rechenschaftsbericht schuldig geblieben sei; er habe vielmehr im nationalliberalen Vereine diesen Bericht erstattet und dazu seien die Mitglieder der freisinnigen Partei eingeladen worden. M. H., wir sind gar keine Mitglieder der freisinnigen Partei, und ist das ein Rechenschaftsbericht, den er im nationalliberalen Verein giebt und uns einladet? Wenn ich irgendwo eingeladen bin, dann bin ich Gast, und habe als solcher die Verpflichtung, Rücksicht auf den Gastgeber zu nehmen. Wir hatten also die Verpflichtung, im nationalliberalen Verein Herrn Prof. Friedberg einfach zuzuhören. Ihn in seinem Verein anzugreifen, oder wegen einzelner Punkte zur Rede zu stellen, war schon aus Courtoisie nicht möglich. Noch in diesen Tagen sind Herren zu mir gekommen, welche die neuerliche Friedberg'sche Erklärung gelesen haben, und haben mir gesagt, daß sie s. Z. aus dem Nationalliberalen Verein fortgezogen seien, weil Herr Prof. Friedberg dort so auf die Liberalen gescheimpft und ferner erklärt habe, die nationalliberale Partei müsse aristokratisch werden und sich vom Bürgerthum loslagen. Wenn ich behaupte, Herr Prof. Friedberg hat uns keinen Rechenschaftsbericht gegeben, so halte ich das vollständig aufrecht: er hatte den Bericht seinen sämmtlichen Wählern zu geben; die größere Mehrzahl waren wir. Ich habe Hrn. Prof. Friedberg noch viel weniger einen Vorwurf daraus gemacht daß er uns keinen Bericht erstattet hat, ich mache ihm aber den Vorwurf daß er nach anderen Wahlkreisen geht und uns schlecht macht. Er hat auch im Abgeordnetenhause sich so betragen, daß es besser gewesen wäre, er hätte sein Mandat niedergelegt.

Auf die neue Erklärung von konservativer Seite, wonach ein Druck auf die Wählerschaft nicht ausgeübt werde, habe ich zunächst zu bemerken, daß schon vor Jahren von einzelnen Konservativen auf Handwerker und Gewerbetreibende ein solcher Druck ausgeübt wird, daß die Betreffenden sich mehr mehr frei herauftrauen und ihre Stimmen nicht mehr frei abgeben. Als Hr. Rickert vor acht Tagen in Halle seine Verwunderung aussprach, daß solche Sachen vorkämen, m. H., da ertönten aus allen Ecken des Saales, von der Gallerie herab u. s. w. Zurufe: So ist es, das ist wahr, so ist es überall! Auch gestern in Löbejün, als wir die Wähler zum freien Bekenntniß ihrer Ansichten aufforderten und sagten, jeder müsse die politische Ansicht eines anderen achten, da kam aus dem ganzen Saale dieselbe Erklärung: Wir werden beeinflußt, wir werden geschädigt! Wie es ja in Könnern geschehen ist, das wissen Sie ja selber. (Zustimmung.) In der gestrigen Erklärung der konservativen Zeitung werde ich aufgefordert, die Namen derjenigen zu nennen, welche in wirthschaftlicher Beziehung einen Druck auf die Wähler ausüben, andernfalls müsse man meine Erklärung für eine aus der Luft gegriffene Verleumdung erklären. Nun, m. H., vor acht Tagen schon erschienen von allen Seiten Zustimmungen, als ähnliche Aeußerungen in öffentlichen Versammlung fielen. Ja habe hier eine Liste mit Namen; Sie werden einsehen, daß ich Ihnen die Namen selbst nicht nennen kann. Da ist ein Zimmermeister, der einem Kunden den Auftrag auf eine steinerne Treppe entzieht, wenige Minuten darauf, nachdem er erfährt, daß derselbe liberal gestimmt. Unser Abgeordneter Dr Alexander Meyer bekommt am Tage nach der Wahl aus Priester eine Depesche des Inhalts: Wir haben Sie gewählt und sind entlassen worden; wie haben wir uns zu verhalten? Wir haben die Leute entschädigt, so daß sie anderweit Arbeit gefunden haben. In einem hallischen Lokale ist dem Wirthe von einem Kunden erklärt worden, wie er so ein „Schandblatt" halten könne, wie die Saale-Ztg. Da könne man ja nicht mehr zu ihm kommen. Ein Rittergutsbesitzer entzieht einem liberalen Wähler seine Kundschaft. Ein sehr angesehener Herr zieht nach der Wahl beim Kaufmann sein Buch zurück und läßt nicht wieder dort kaufen. Ein Eisenindustrieller entzieht einem Herrn, der ihm lange Jahre hindurch gewisse Arbeiten geliefert hat, dieselben, kann sie aber bei anderen nicht so gut wieder bekommen, und jetzt geht ihm aus dritter Hand das frühere Fabrikat zu, weil er anderes nicht brauchen kann, nur muß er es jetzt theurer bezahlen. Ein angesehener Herr erklärt einem Kaufmann, der ihm bisher Waaren geliefert: Wie kann ich denn von Ihnen als Liberalen noch etwas kaufen?

Es thut mir leid, Ihre Zeit mit Aufführung dieser Sachen schon so lange in Anspruch genommen zu haben; das eine wird Ihnen aber klar sein, daß Hr. Prof. Friedberg nach allen Vorkommnissen nicht mehr der Mann unserer Wahl sein konnte. Bemerken will ich nur noch beiläufig, daß kennzeichnenderweise unter der gestrigen Erklärung nicht einmal ein Name steht, sondern nur der Vorstand des konservativen Vereins. Auf eine Erklärung in den Zeitungen mich einzulassen, fällt mir gar nicht ein.

Redner geht nun näher darauf ein, wie eine Kandidatur Friedberg unter den eben geschilderten Verhältnissen für die liberale Partei des Wahlkreises unmöglich geworden, und wie die Aufstellung der beiden Kandidaten Oberamtmann Spielberg und Amtsgerichtsrath Niecke zustande gekommen und von der großen hallenschen Versammlung vor 8 Tagen befürwortet worden. Er schließt mit einer eindringlichen Ermahnung zu mannhaftem, einmüthigem Eintreten für die liberalen Wahlen. (Beifall.)

Nunmehr nahm Hr. Oberamtmann Spielberg das Wort; seinen Ausführungen entnehmen wir das folgende:

Die bisher stattgefundenen Wahlversammlungen haben beschlossen, mir abermals ein Mandat für den Landtag anzubieten. Ich nehme es an und sehe darin einen Beweis der Achtung, weniger für meine Leistungsfähigkeit, als für meine Gesinnungstreue. Ich werde Ihnen dankbar sein, m. H., indem ich zu Ihnen stehe in jeder Lage, auch in der schwierigsten.

Ich hatte gestern die Ehre, in Löbejün einen kurzen Rechenschaftsbericht zu geben. Da ich annehmen darf, daß er durch die Zeitungen schon zur Kenntniß gelangt, so will ich ihn nicht wiederholen, mich vielmehr mit der kommenden Periode beschäftigen, die im ganzen der vorigen gleiche, nur vielleicht noch etwas ungünstiger verlaufen wird. Zunächst gestatten Sie mir, Ihnen ein Programm aus gewissen Gründen vorzulesen:

„Eine starke, Freiheit und Ordnung sichernde, die Wohlfahrt aller Klassen des Volkes gleichmäßig fördernde Königsgewalt; eine fortschreitende, den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht werdende Gesetzgebung; eine von einer pflichtgetreuen, ihrer hohen Aufgabe bewußten Beamtenschaft getragene Verwaltung; Ordnung und Sparsamkeit im Finanzwesen; lebendige selbstverantwortliche Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung und der Verwaltung des Staats und der Staatsglieder; Handhabung des Rechts durch unabhängige Gerichte; Freiheit und Förderung der wissenschaftlichen Forschung, wie der allgemeinen Volksbildung; Gleichheit und Unantastbarkeit der staatsbürgerlichen Rechte aller Konfessionen; Regierung nach Verfassung und Gesetz: — dies sind die starken Fundamente des preußischen Staats, dies die Ueberlieferungen, welche jede Landesvertretung festhalten und nöthigenfalls vertheidigen muß."

Das ist mein Programm, ich denke, es ist auch das Ihrige, m. H., und ferner ist es das Programm der nationalliberalen Partei, welche es in diesem Wortlaute im September d. J. veröffentlichen ließ.

Später folgen die Einzelheiten, wie das Programm verwirklicht werden soll. Ich glaube nun, m. H., daß die Nationalliberalen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18881023028/fragment/page=0001

den ernsten Willen haben, danach zu handeln und ihre Programmsätze durchzuführen. Beschreiten sie aber den rechten Weg dazu, indem sie ein Kartellbündniß mit den Konservativen schließen?

Ich bezweifle das, ich bestreite das. Das ist derselbe Weg, als wenn jemand einen Wagen vorwärts bewegen will, sich davor spannt, gleichzeitig aber eine starke Kraft dahinter, die bemüht ist rückwärts zu ziehen. Die Folge wird sein, daß der Wagen im günstigsten Falle still steht, in den meisten Fällen wird er zurückgehen.

Ich will Ihnen aus dem Programm einige Beispiele anführen. Die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen ist eines der Hauptziele. Um sie herbeizuführen, soll eine Reform der direkten Steuern eintreten, z. B. eine Abstufung der Einkommensteuer, so daß die Minderbegüterten entlastet, die Wohlhabenden höher besteuert werden, und eine Veränderung der Einschätzungsweise herbeigeführt wird. Zu diesem Behufe bemühen sich die Nationalliberalen in Ihren und in anderen Kreisen die Zahl der Konservativen zu vermehren! Wozu das führen wird, hat Ihnen mein Freund Hr. Karl Meyer vorigen Sonntag an einem Beispiele aus der Vergangenheit erläutert. Ebenso verhält es sich mit der Reform der Gewerbesteuer, die dem Handwerker zugunsten des großen Gewerbebetriebes ungleich belastet.

Eine neue Landgemeinde-Ordnung. Aber kein Wort wird gesagt von der Aufhebung der selbständigen Gutsbezirke, und ohne das ist jede Landgemeinde-Ordnung werthlos. Dann ist ein Schuldotationsgesetz oder Verbesserung der Armenpflege wirkungslos, und wenn ein Theil der Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen gegeben werde sollte, was wir ja alle wünschen, so würde ein großer Theil an die Gutsbezirke fallen ohne nennenswerthe Gegenleistung derselben. Daß die Nationalliberalen dies wissen, ist aus früheren Erklärungen bekannt. Warum wird diese alte Forderung nicht erwähnt? Weil sie wissen, die Konservativen sträuben sich mit aller Macht dagegen. Das ist die Kraft, die hinter den Wagen gespannt wird.

Daß auch den Lehrern die Beiträge zu dem Reliktenfonds erlassen werden, wie es für die Beamten schon ist, ist ein Herzenswunsch aller Liberalen. Die Konservativen sind zum größten Theil dagegen, man kennt ja ihre Vorliebe für den Lehrerstand, und wenn sie allein nichts dagegen machen können, so verbinden sie sich mit dem Centrum dazu. Das Bündniß der Konservativen mit dem Centrum wird auch in anderen Fällen die Bestrebungen der Liberalen vereiteln. Der Kulturkampf auf dem Gebiete der Schule steht bevor, man will sie gänzlich aus den Klauen des Staates reißen und der Kirche überliefern. Hammerstein, Windthorst, Stöcker, Kleist-Retzow werden künftig die Majorität haben. Mit ihrer Hilfe wird die katholisirende der evangelischen Kirchenverfassung vor sich gehen und jede freiheitliche Entwicklung innerhalb der kirchlichen Gemeinde unterdrückt werden. Alles das wird verhindert bezw. in rückschrittlichem Sinne gefördert werden durch das Kartellbündniß, d. h. durch die damit gesicherte Majorität der Konservativen. Diesen Hemmschuh werden die Nationalliberalen nach der Wahl nicht los werden.

Nur eine einheitliche liberale Partei, die deshalb nicht in allen Dingen einig zu sein braucht, kann der Rückwärtsströmung Widerstand leisten und das mit der Zeit durchsetzen, was in dem Ihnen vorgelesenen Programm angedeutet ist. Vielleicht bringen die nächsten fünf Jahre in allen liberalen Kreisen diese Erkenntniß.

Es sind nur nachträglich noch einige Fragen von seiten eines Theiles der halleschen Handwerkerpartei vorgelegt worden. Die genannte Partei wünscht meine Ansichten über die Förderung und reichere Dotirung des in Preußen bislang vernachlässigten gewerblichen Unterrichtswesens, insbesondere über die Errichtung von staatlichen Handwerkermeisterschulen, wie solche von der hallschen Handwerkerpartei demnächst gefordert werden sollen. Die Beantwortung dieser Dinge ist selbstverständliche: ich trete für alles ein, was die Förderung des Handwerkerunterrichts betrifft, ebenso wie für alle anderen Forderungen zur Unterstützung wissenschaftlicher Zwecke durch den Staat. — Eine zweite Forderung der Handwerkerpartei geht dahin, daß das Submissionswesen, sowie die Arbeiten der Strafanstalten und der Militärwerkstätten einer Reform, im Sinne des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes unterzogen werden. Ich bin über die Beschlüsse des Handwerkerbundes augenblicklich nicht unterrichtet, aber ich kann Ihnen sagen, daß das Submissionswesen ohne Schädigung der Staatskasse geändert werden kann; es brauchen keine Bevorzugungen stattzufinden, es brauchen bei Submissionen keine Privilegien gegeben zu werden, der Staat muß auch die kleineren, minder leistungsfähigen Handwerker berücksichtigen und da, wo gewisse Gegenstände von größerem Umfange zu submittiren sind, muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß durch Organisation von kleineren Verbänden inmitten der Handwerker, diese solche Gegenstände liefern können, genau, wie es einzelne größere thun. Was die Arbeiten in den Strafanstalten betrifft, so bin ich nie dafür gewesen, daß man aus den Strafanstalten industrielle Werkstätten macht; so etwas schädigt den Handwerker, der sich mit den gleichen Rechten und größeren Verpflichtungen, so namentlich durch Steuerzahlen, an denselben Orten niedergelassen hat und dort arbeitet. Daß der Strafgefangene beschäftigt werden muß, damit werden Sie wohl alle einverstanden sein; auf welche Weise er beschäftigt wird, das ist eine andere Frage. Es kann dies durch fabrikmäßige und landwirthschaftliche Arbeit geschehen, also solche, wo nur die rohe, schlichte Arbeit des Mannes herangezogen wird: Es ist nicht nöthig, daß ein Strafgefangener zu einer bestimmten Arbeit angehalten wird, um ihm durch diese späterhin ein Fortkommen zu ermöglichen; die meisten von ihnen haben schon einen Beruf, den sie auch nach der Entlassung ausüben können. An rohen Arbeitskräften fehlt es ja überall, und die können auch in den Strafanstalten zur Verwendung gelangen, z. B. durch Spinnen. Die Stadt Berlin hat über 2000 Arbeitshäusler, von denen die Hälfte in der Landwirthschaft beschäftigt ist; ein großer Theil wird in einer Hanffabrik, andere werden in einer Spinnerei beschäftigt, überall mit Arbeiten, mit denen man niemand Konkurrenz macht. Wenn aber eine Strafanstalt mit 1000 und mehr Insassen Schuhmacher- und Tischlerarbeit fertigen läßt, so ist das entschieden eine Schädigung des Handwerks. Die Beschäftigung der Militärhandwerker gehört nicht in die Kompetenz des Landtags; ich bin früher auch im Reichstag dafür gewesen, daß die Militärwerkstätten nur so weit eingerichtet werden, als nöthig ist, um eine bestimmte Anzahl Soldaten für ein bestimmtes Handwerk auszubilden: Schneider, Schuhmacher, Sattler 2c. Ist das geschehen, dann mögen die betreffenden Mannschaften der Truppe wieder beigestellt werden. Eine gewisse Vertrautheit der Soldaten mit solchen Handwerken ist im Interesse der Vertheidigung nothwendig, aber eine dauernde Beschäftigung wie jetzt, wo Schneider und Schuhmacher auf drei Jahre in die Werkstätten eingestellt werden, — dagegen würde ich mich unbedingt erklären. (Beifall.)

(Schluß in einer späteren Beilage.)

Liberale Wählerversammlung zu Löbejün.

I. Löbejün, 21. Okt.

Gestern abend wurde hier im Gasthause zum „Schwan" eine Wählerversammlung der liberalen Partei abgehalten, die sehr gut besucht war. Das Versammlungslokal war voll besetzt. Kurz nach 8 Uhr eröffnete der Vorsitzende des liberalen Wahlvereins für Halle-Saalkreis, Hr. Karl Meyer-Halle, die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in welcher er auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen hinwies und sodann darlegte, wie es gekommen sei, daß ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen diesmal nicht möglich geworden sei. Die letzteren hätten einfach das bisherige Abkommen gebrochen und sich mit den Konservativen verbündet. Die Liberalen sähen sich daher genöthigt, selbständig vorzugehen und sie hätten als ihre Kandidaten den bisherigen Abgeordneten Stadtrath Spielberg, der schon so viele Jahre das Vertrauen der liberalen Wähler genieße, und Hrn. Amtsgerichtsrath Riecke in Halle aufgestellt. Da letzterer den Wählern bis dahin noch nicht bekannt sei, so bitte er ihn, zunächst seinen politischen Standpunkt darzulegen.

Hr. Amtsgerichtsrath Riecke verbreitete sich nun in ausführlicher Weise (seine Ansprache dauerte etwa ¾ Stunden) über die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen, legte seine allgemeinen politischen Anschauungen dar und erörterte schließlich eine Reihe von Spezialfragen, welche in der preußischen Gesetzgebung der nächsten Zukunft eine Rolle spielen werden. Die Rede des Hrn. Riecke weckte an vielen Stellen und zum Schlusse den lebhaftesten Beifall der Versammlung. (Da über die Hauptpunkte seiner Darlegungen in dem Bericht über die Versammlung der Liberalen in Könnern ausführliche Mittheilungen gemacht worden, so müssen wir uns die eingehendere Berichterstattung auch hier aus Raumrücksichten versagen. Die Red.)

Der Vorsitzende ertheilte darauf das Wort Herrn Oberamtmann Spielberg, welcher etwa folgendes ausführte:

Die meisten von Ihnen, m. H., sehen einen alten Bekannten vor sich und wie ich hoffe, auch einen alten Freund. Ich bin fast beschämt, daß Ihr Vertrauen mich wieder ruft, denn eigentlich bin ich doch etwas heruntergekommen.

1874 wählten mich, die Sozialdemokraten ausgeschlossen, alle Wähler; 1877 sprangen die Konservativen ab, 1882 und 1885 wendeten mir auch die Freikonservativen und ein Theil der Nationalliberalen den Rücken, und heute haben mich auch, wie es scheint, die letzten Nationalliberalen aufgegeben. Daß mich das freut, kann ich nicht sagen, ebensowenig aber kann ich sagen, was ich verbrochen habe. Ich nehme immer noch die Eigenschaft für mich in Anspruch, duldsam zu sein gegen Andersdenkende, sofern sie nicht gesinnungslos, Streeber und Interessenvertreter sind; ich bin auch geduldig, habe warten gelernt, ich weiß, daß Rom nicht in einem Tage gebaut ist und daß eine Sache überstürzen sie verderben heißt. Allerdings bin ich zähe im Festhalten der liberalen Grundgedanken geblieben und möchte davon nicht mehr abgehen.

Es ist nicht meine Befugniß, sondern die Ihrige, zu prüfen, ob ich Ihres Vertrauens noch werth geblieben bin. Gestatten Sie mir daher, nachdem ich in einer veröffentlichten Erklärung meinen allgemeinen Standpunkt gekennzeichnet habe, einen kurzen Rückblick auf Einzelheiten aus den letzten Landtagssessionen.

Bei alle den Gesetzen, die die allgemeine Staatsverwaltung und die wirthschaftliche Entwickelung des Landes betrafen, hat es wesentliche Differenzpunkte nicht gegeben. So beim Etat, bei den Vorlagen über Eisenbahnen, Schiffahrt, dem Erlaß der Reliktenbeiträge für die Beamten u. s. w. Dem Schullastengesetze, das einen Theil der Lehrergehälter dem Staate aufbürdet und die Aufhebung des Volksschulgeldes anbahnt, habe ich zugestimmt, obgleich ich dem Wortlaut nach eine Verfassungsänderung darin sah und einen denuntiprechenden anderen Abstimmungsmodus gewünscht hätte. Nun ist leicht, oder vielmehr überhaupt nicht konnte ich mich für das Ansiedlungsgesetz für die polnischen Landestheile erklären. Ich berufe mich darauf, daß ich vor 3 Jahren hier an dieser Stelle auf das lebhafteste ein solches Gesetz befürwortete, aber so wie es vorliegt, enthält es keine Verfassungsänderung, sondern geradezu eine Aufhebung derselben zu Ungunsten ganzer Volksklassen. Es konnte so leicht anders gemacht werden, indem man auch polnische Bauern und Arbeiter ansiedlungsberechtigt machte, es aber der Verwaltung überließ, sie mit Deutschen im Gemenge zu kolonisiren. Es wurde nicht beliebt. Nach demselben Verfahren können jetzt durch ein einfaches Gesetz etwa die Juden ausgetrieben oder ganze Volksklassen von den staatsbürgerlichen Rechten ausgeschlossen werden. Daß neben den obengenannten Gesetzen auch Rückschritte zu verzeichnen sind, kann bei dem Uebergewicht der Konservativen nicht befremden. So die Verlängerung der Wahlperiode auf 5 Jahre. Das bedeutet unter jetzigen Umständen einfach eine Verkürzung des Wahlrechts, die fast gänzliche Beseitigung der Waigesetze, die Wiedereinführung geistlicher Orden, Seminare, Konvikte, die Beschränkung des staatlichen Besätigungsrechtes bei Besetzung katholischer Pfarrstellen, die Kreis- und Provinzialordnungen, die von den 1875 für die östlichen Provinzen gegebenen so weit sich unterscheiden, wie etwa Graf Eulenburg und Friedenthal, v. Puttkamer und Minnigerode, die fernere Einführung von Landgüterordnungen, also Beschränkung des bäuerlichen Testir- und Erbrechts — alles das sind Gesetze, die aus der letzten Landtagsperiode hervorgegangen sind. Positive Versuche seitens der Liberalen, einige Punkte ihres Programms zu verwirklichen, sind natürlich gänzlich gescheitert: so ein Wildschadengesetz, der Antrag auf geheime Abstimmung bei den Landtagswahlen, Aufhebung der Reliktenbeiträge für die Lehrer, das waren vergebliche Versuche, die zum Theil unter dem Hohn der Konservativen in den Papierkorb fielen.

Ich bin alt geworden, m. H., aber noch nicht müde und hoffnungslos. Mit der Zeit wird es besser werden, aber nur dann, wenn die Liberalen nicht aufhören, entschieden und doch gemäßigt liberal zu bleiben. Möge der Sieg in Ihrem Wahlkreise eine gute Vorbedeutung sein für den späteren Sieg der liberalen Sache im ganzen Lande. Siegen Sie aber nicht, so geben Sie den Kampf doch nicht auf: dem Ringen folgt endlich doch das Gelingen! (Beifall.)

Nachdem darauf der Vorsitzende nochmals auf die Wichtigkeit der Wahl hingewiesen und zu unerschrockener Betheiligung an derselben im liberalen Sinne aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser geschlossen.

Wählerversammlung der konservativen und nationalliberalen Partei.

Die am Sonntag nachmittag im „Neuen Theater" abgehaltene Versammlung wurde eröffnet und geleitet von Hrn. Rechtsanwalt Elze, der zugleich bittet, daß man in der Besprechung alles Persönliche vermeiden und sich an die Sache halten wolle. Der Vorsitzende stellt die beiden Wahlkandidaten vor, in deren Empfehlung sich die drei Vorstände der beiden konservativen und des nationalliberalen Vereins von dem nationalen Gesichtspunkte aus geeinigt haben. Hierauf nimmt Hr. Geh.-Rath v. Voß das Wort. Er erklärt zunächst, daß es ihm sehr schwer geworden, an dieser Stelle zu erscheinen. Die Rücksicht auf sein Lebensalter, die Erinnerung an Voltze, Fritsch und Jakob, welche durch die parlamentarische Thätigkeit ihre Lebenstage gekürzt haben, der Hinblick auf die vielen Aemter, welche ihm aus gewerblichen und industriellen Kreisen übertragen worden, die Ehrenstellungen im Staate, in der Provinz und in der Kirche hätten es ihm gebieten erscheinen lassen, dem Wunsche seiner Angehörigen, seine Thätigkeit mehr und mehr einzuschränken, nachzugeben. Indessen haben die vielfach mißverstandenen und mißverständlichen Auslassungen über das Kartell ihm die Nothwendigkeit nahe gelegt, dasselbe jedenfalls aufrecht zu erhalten, die drei Vereins-Vorstände hätten ihm das ganze Verhältniß als ein mißliches bezeichnet, wenn er eine Ablehnung ausspreche, und er habe dem gegenüber nicht den Muth gehabt, nein zu sagen; er nehme die Kandidatur als eine patriotische Pflicht an. Der Entwicklungsgang des politischen Lebens weise darauf hin, daß nur mit Versöhnlichkeit und großer Mäßigung etwas auszurichten sei und deshalb alle Sonderinteressen beiseite gestellt werden müßten. Das Herauskehren idealischen Strebens verbürge noch nicht das Wohl des Staates, wenn man nicht die sorgliche Beachtung des Maßes der gegebenen Zustände und das stete pietätvolle Anknüpfen an das historisch Gewordene im Auge behalte. Mit Recht werde von den hier vereinigten Parteien deshalb jetzt nicht das Sie Trennende, sondern das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt. Wenn auch mit solcher Vereinigung für die Wahl zum Abgeordnetenhause nicht zugleich ein Sieg bei den nächsten Reichstagswahlen verbürgt sei, so werde doch für die letztere die Freudigkeit im eigenen Lager erhöht, die zu einem Erfolge nöthig sei. Nachdem durch den unvergeßlichen Kaiser Wilhelm und den großen Reichskanzler das Deutsche Kaiserthum als ein Friedenswerk aufgerichtet sei, müsse als die erste patriotische Pflicht erkannt werden, durch Vereinigung aller nationalen Parteien zu helfen, daß das Reich ausgebaut werde, und immer mehr wurde es anerkannt, daß das preußische Staatsleben der nationale Gedanke und der Kernpunkt des politischen Lebens überhaupt sein müsse; deshalb solle durch die jetzigen Wahlen alles mögliche geschehen, um die Festigkeit einer nationalen Mehrheit im Reichstage zu erhalten. In Süddeutschland finde man es unbegreiflich, wie gegenüber der Schaar von Reichsfeinden die Einigung der Parteien nicht erreicht werde.

Seine Stellung zu bezeichnen, welche der Hr. Redner zu den einzelnen Angelegenheiten einnehme, welche den Landtag voraussichtlich beschäftigen werden, wolle er unterlassen und nur auf sein 40jähriges Leben in hiesiger Stadt hinweisen, dessen Streben ebenso wie seine Schwächen und Irrungen offen vorliegen. Er stehe rückhaltslos auf dem Boden des veröffentlichten Wahlprogramms; mit allen Fasern seines Herzens hänge er an der Monarchie unter dem Hohenzollerngeschlecht, ohne welches wir heute nicht das wären, was wir sind. Wie die Rechte der Krone, so seien ihm aber auch die Volksrechte heilig; eine Parlamentsregierung müsse er als ein Trugbild und eine verhängnißvolle Täuschung zurückweisen: seine Stimme werde allezeit dem angehören, was den Frieden nach außen gewährleiste, die friedliche Entwickelung im Innern, die Hebung der produktiven Kräfte im Lande fördere, was die Nothstände mildere, eine gerechte Vertheilung der Steuern und die Durchführung des sozialen Testamentes Kaiser Wilhelms herbeiführen könne.

Nicht zu haben werde er sein, wo eine Verleugnung und Verkümmerung der mit der Reformation für Preußen und Deutschland, in Wahrheit aber für Protestanten und Katholiken gewonnenen Errungenschaften zum Vorschein kommen möchten, der Reformation, auf welcher unsere ganze Entwickelung beruht, und mit der erst die Möglichkeit eines Deutschen Reiches gegeben war, oder wo ein Angriff auf unsere Bildungsstätten und ihre Auslieferung an feindliche finstere Mächte geplant werde. Redner bekennt sodann, zur freikonservativen Partei zu gehören, er ordne aber sein Parteiinteresse unter das nationale Interesse, welches geeignet erscheine, eine Verständigung unter den Parteien herbeizuführen. Er werbe nicht um die Stimmen der Wähler, sondern es werde ihm angenehm sein, wenn man in letzter Stunde noch etwa eine geeignetere Person an seine Stelle treten lassen wolle; andrerseits werde er aber die auf seine Schultern gelegte Aufgabe mit patriotischem Sinne zu erfüllen bestrebt sein.

Darauf spricht Hr. Prof. Friedberg. Er will zunächst seinen allgemeinen politischen Standpunk aufklären. Er gehöre der nationalliberalen Partei an. Konservative Wähler gäben ihm vielleicht ihre Stimme deshalb, weil er auf dem rechten Flügel seiner Partei stehe. Dies sei nur insofern richtig, als er, wie der Vorredner, das nationale Interesse vertrete, in konkreten Fragen des politischen Lebens, welche das Gebiet der Kirche, der Schule, der Selbstverwaltung betreffen, gehöre er dem linken Flügel seiner Partei an. Wenn die Gegner sagen, er sei nicht liberal, so ist das eine Unwahrheit. Mit Lügen und Unwahrheit haben die Gegner den Wahlkampf begonnen, und es scheine als ob sie denselben damit auch beenden wollen. In der freisinnigen Breslauer Zeitung habe ein Korrespondent mitgetheilt, Herr v. Voß sei ein starker Reaktionär. Damit solle doch offenbar eine Täuschung des Publikums geschehen, und es genüge wohl, diese Thatsache an den Pranger zu stellen.

Um die Aufgaben des nächsten Landtages zu skizziren, brauche sich Redner nur auf das nationalliberale Programm zu berufen, auf dem er selbst stehe, ferner auf die große Rede, welche Miquel in Hannover gehalten; er wolle nur 3 Punkte beleuchten: 1. die Reform der direkten Steuern, 2. die Reform der Gemeindeverfassung, 3. die Frage des sogenannten Windthorst'schen Schulantrags.

Wie die konservative Partei, so halte auch die nationalliberale eine Vermehrung der indirekten Steuern für nothwendig und als Gegengewicht sei eine gleichmäßigere Vertheilung der direkten Steuern herbeizuführen. Die Ungleichheit der Besteuerung beruht auf historischem Grunde. Im vorigen Jahrhundert nahm man die Steuern, wo man sie bekommen konnte und hielt sich weniger an die Personen, sondern an ertraggebende Objekte.

Die Steuern aus den Erträgen von Grund und Boden, aus dem Gewinne der Unternehmer und der Kapitalrente müssen sein, doch sei das preußische Steuersystem in dieser Richtung nicht zu Ende geführt und bei der Grundervermögsteuer stehen geblieben. Die Einkommensteuer sei dann hinaufgeschraubt und eine besondere Einkommensteuer eingeführt, welche nicht vollkommen sei, denn sie ziehe die Leistungsfähigkeit nicht in gerechtem Maße heran, und thatsächlich seien die größeren Einkommen nicht verhältnißmäßig besteuert; die Veranlagung habe mehrfach Uebelstände herbeigeführt. Es werde sich also darum handeln, die Ungleichheiten zu beseitigen, welche die bisherige Veranlagung mit sich bringe und dann die Einkommensteuer selbst rationeller zu gestalten. Das Ertragssteuersystem müsse man aufgeben, die Grund- und Gebäudesteuer sei den Gemeinden zu überweisen, und gewisse Steuern müssen aufgehoben werden; auch die Kapitalrentensteuer sei überflüssig. Zu empfehlen sei das Steuersystem, wie es in Sachsen besteht, welches dort sich bewährt habe: die Einführung einer Einkommensteuer mit steigender Progression und mit Berücksichtung des fundirten und des unfundirten Einkommens. Das Zurückgreifen auf die Kapitalrente aber sei nicht zu empfehlen.

Bezüglich der Gemeindeverfassung sei bekannt, daß man mit dem System der Ueberweisung angefangen habe, so daß nach dem Organismus des Reiches gewisse Einnahmen dem Reiche zufließen und von dort wieder in die Kassen der Einzelstaaten und der Gemeinden gehen. Dies geschieht schon jetzt mit den Vieh- und Getreidezöllen, die den Kreisen zugewiesen sind. Die Gemeinden könnten diese Einnahmen eigentlich besser brauchen, als die Kreise, doch ginge das zunächst nicht anders, und es handele sich in den östlichen Provinzen auf dem Lande zunächst um die Aenderung der Gemeindeverfassung, um diesen Gemeinden dieselbe Bewegung und Freiheit zu verschaffen, wie sie die Städte besitzen, um sie leistungsfähiger zu machen. Dies sei mit Schwierigkeiten verbunden, weil der jetzige Zustand auf langer Gewohnheit u. dergl. beruhe, in die man sich hineingelebt hat. Ein geeigneter Weg werde sich damit finden lassen, daß man zunächst die wichtigsten Aufgaben der örtlichen Verwaltung, Wegebau und Schulen, gesetzlich feststelle und zu deren Durchführung Verbände bilde, an welche sich das Gemeindewesen später anschließen könne. So würde eine zweckmäßige Versöhnung mit den Bedürfnissen der Gegenwart und dem historischen Verhältniß erreicht werden.

Ueber den Windthorst'schen Antrag ist viel geschrieben und gesprochen worden. (Der erste Satz desselben wird verlesen.) Redner erspart es sich, näher darauf einzugehen. Die Annahme dieser Anträge werde nur die Auslieferung der Volksschule an die römische Kirche bedeuten. Hr. v. Cynern habe mit Recht neulich gesagt: Wenn dieser Antrag angenommen würde, müßten die Hohenzollern vom Throne steigen und mehr oder weniger auf die Aufgaben verzichten, an welchen sie 150 Jahre gearbeitet haben. Es haben sich gegen den Antrag sämmtliche Parteien erklärt, vielleicht sogar die deutschfreisinnige Partei, es scheine also keine Aussicht zu sein, daß er angenommen werde. Wenigstens haben die Führer der deutschfreisinnigen Partei sich dagegen erklärt, während das Gros derselben wohl dafür stimmen werde. (Eine ebenso dreiste, als unwahre Behauptung. Die Red.) Für die deutschfreisinnige Partei sei der stolze Name nicht zutreffend, es seien bekanntlich nur Berlin und einige Seestädte, deren Vertreter sich so nennen, während die übrigen Anhänger derselben an den Rockschößen des Centrums und der Sozialdemokraten hängen. Mit Hilfe des Centrums sei diese Partei in den westlichen Provinzen gestürzt worden, und wenn es sich um die Abstimmung über diesen Antrag handele, würde die betreffende Person nicht im Saale sein, weshalb man sie auch nicht fassen könne. Auf den Beistand der Deutschfreisinnigen sei darum in diesem Kampfe nicht zu rechnen.

Redner bemüht sich hierauf, die Angriffe zurückzuweisen, welche gegen seine Person durch Rickert in der neulichen Wähler-versammlung erhoben worden.

Hr. Rickert habe zwei Stunden sich mit der Rede beschäftigt die er (Redner) in Bochum in 30 Minuten gehalten habe. Damit habe er ihm das Zeugniß ausgestellt, daß er nicht ganz inhaltlos

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18881023028/fragment/page=0002

gewesen können. Eine bessere Wahlreklame hätte er ihm nicht machen können.

Fünf Punkte sind es, über die er in Bochum gesprochen habe, in deren Auffassung seine Partei sich von der deutschfreisinnigen Partei unterscheide: 1. die verschiedene Auffassung des Liberalismus, 2. die deutschfreisinnige Partei sei eine agitatorische, 3. die Stellung zur Sozialpolitik, 4. der unsinnige Parteihaß der Partei gegen den Reichskanzler, 5. der nationale Gesichtspunkt. (Eingelne Abschnitte der Rickert'schen Rede werden dabei verlesen.)

Hr. Rickert habe seine sittliche Entrüstung ausgesprochen über die dort ausgesprochene Auffassung des Liberalismus. Darüber läßt sich schwer streiten. Wenn Rickert behauptet, er sei konservativ, so sage er dagegen, N. sei ein Demokrat. Was der Redner über die einzelnen politischen Parteien gesagt, das habe Rickert nicht verstanden. Rickert lebe davon, daß er den Parteihaß errege und es sei über die verschiedene Auffassung mit ihm nicht zu streiten.

Daß Redner der deutschfreisinnigen Partei vorgeworfen, nur agitatorisch zu wirken, habe die sittliche Entrüstung Rickerts hervorgerufen. (Er liest die Stelle in der Rede.) Zum Beweise seiner Behauptung knüpft Redner an eine am 6. Mai in Halle gehaltene Rede Alex. Meyers an. Abg. Meyer sagte, daß zu Ende der Legislaturperiode die Kartellparteien eine liebenswürdige Stimmung zeigten, welche dann 3 Jahre, künftig 5 Jahre lang vermißt werde bis zum Beginn der Wahlen. Bezüglich der Anträge für Aufhebung der Reliktenbeiträge für Volksschullehrer klinge in der Rickert'schen Rede der Aerger durch, daß die nationalliberale Partei auch für diese Anträge gestimmt habe, und er sage, daß dies nur geschehen sei, weil die Legislaturperiode zu Ende gegangen.

Die beiden Herren Rickert und Meyer seien sonderbare Kämpfer. Der eine suche den Gegner todtzumachen, indem er seine Entrüstung über ihn ausspreche, der andere kämpfe damit, daß er ihn der Lächerlichkeit preisgebe. Wenn einige Hallenser durch Meyer's Rede über ihn, den Redner lachen, so soll es ihm angenehm sein, er freue sich, wenn sich Leute amüsiren, zumal wenn das nichts koste. Hr. v. Eynern habe gesagt, man müsse dem Hrn. Meyer dankbar sein, daß er Spätzchen mache, er biete damit eine Erholung, die man sonst nicht habe. Dies könne auch Halle für sich in Anspruch nehmen.

Auch bezüglich der Sozialpolitik giebt Redner die Hoffnung auf, sich mit Hrn. Rickert zu verständigen. Er sei selbst von der Volkszeitung ein gedrgerter Freihändler genannt worden, während Redner auf sozialpolitischem Standpunkte stehe.

Eine besondere Entrüstung habe Hr. Rickert uns darüber ausgesprochen, daß Redner seiner Partei den Haß gegen den Reichskanzler zum Vorwurf mache. Redner sucht seine Behauptung nachzuweisen an der Stellung der deutschfreisinnigen Partei und einzelnen Aeußerungen derselben gegenüber dem Reichskanzler. Eugen Richter habe denselben mehrfach als Hausmeier bezeichnet, verschiedene Ansprüche desselben Führers jener Partei werden noch citirt, so vom 7. Juli 1879: So lange der Kanzler regiert, werde Deutschland nicht zur Ruhe kommen; am 8. Okt. 1883 in einer Volksversammlung in Solingen: Bismarck sei die Quelle der Reaktion, dorthin müsse der Kampf gerichtet werden; am 24. März 1884 in Hamburg, worüber die Volkszeitung berichtet habe, daß Richter die Politik des Kanzlers eine Schweinepolitik genannt. Rickert sei dabei gewesen und habe gegen solche Aussprüche nicht protestirt, und doch behaupte er, daß er und seine Partei die größte Hochachtung vor dem Reichskanzler haben. In der Reichstagssitzung vom 8. Januar 1885 sagte Richter, daß des Kanzlers Politik dahin gehe, die Besitzlosen zu belasten zugunsten der Besitzenden. Der Höhepunkt dieser Aeußerungen sei die berühmte Rede Richters am 26. Mai 1888, wo er dem Reichskanzler Verrath von Staatsgeheimnissen vorgeworfen habe, da es nicht aufgeklärt wäre, wie es möglich sei, daß in der Angelegenheit der Batiendergverlobung Aktenstücke benutzt seien zu einer Mittheilung in einem rheinischen Blatte, Aktenstücke, von denen nur Bismarck und das Kaiserpaar Kenntniß gehabt. Wenn man dem ersten Beamten des Staates, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten so beschuldige und beurtheile, wie E. Richter es gethan, so könne man von der Partei, die dieser Mann leitet, nicht sagen, sie habe Hochachtung vor dem Kanzler, sondern sie spreche damit nur Haß und Verachtung gegen ihn aus.

Redner will nicht auf die neuere Zeit zurückgreifen, sondern nur andeuten, zu welchen Zwecken das Tagebuch Kaiser Friedrichs von der freisinnigen Partei ausgebeutet worden sei. Der Führer der freisinnigen Partei, Hr. Munkel, habe neulich in abscheulicher Weise das Andenken Kaiser Friedrichs gegen den Reichskanzler angerufen, um auch diese Angelegenheit in den Wahlkampf hineinzuziehen. Nach dieser Erklärung sei kein Zweifel möglich, worauf die Freisinnigen es abgesehen haben bezüglich des Tagebuches. Nur mit Widerstreben gehe man daran, auf diese Angelegenheit weiter einzugehen. Es geht daraus zur Beachtung jedenfalls zweierlei hervor: 1. Die jugendliche Begeisterung des Verfassers (des Kaisers Friedrich) für die Einheit Deutschlands, wofür damals zum Theil der rechte Sinn noch gefehlt hat, und man werde ihm dafür immer dankbar sein müssen. 2. Es strahle aber daraus auch die große staatsmännische Einsicht des leitenden Staatsmannes hervor, der sich dagegen ausgesprochen, irgend einen Druck auszuüben. Diese Milde, die er angewendet, habe goldne Früchte getragen, und der Moment, als die deutschen Fürsten sich bei der letzten Reichstagseröffnung um den jungen Kaiser schaarten, habe ein Bild der deutschen Einheit gegeben, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen habe. Die Partei des Redners stehe fest zu dem Manne, der das Reichspanier trägt.

Der fünfte Punkt ist der nationale Gesichtspunkt. In der angeführten Rede sei darauf hingewiesen, wie die deutschfreis. P. bei wichtigen Fragen ihr Parteiinteresse über das nationale gestellt habe und es seien in dieser Beziehung drei Punkte zu bezeichnen. Dieselbe habe erstens: gegen die Reichsverfassung gewirkt, zweitens: sie habe ihre Mitwirkung bei Reformwerken der Einigung verweigert, und drittens: gegen das Septennat gestimmt. Hr. Rickert habe das erste nicht zugegeben, weil die deutschfreisinnige Partei 1870 noch nicht bestanden habe. Daß damit die Fortschrittspartei bezeichnet sei, welche dieselbe sei, wie die jetzige deutschfreisinnige Partei, leuchte wohl ein. Ebenso habe diese Partei auch gegen die Justizgesetze und gegen das Septennat gestimmt.

Der nationalliberalen Partei sage man hier: In Halle sei eine sehr gemäßigte Richtung der deutschfreisinnigen Partei vertreten, der sich anzuschließen wohl die Möglichkeit da sei, und man zeige hierbei auf Hrn. Spielberg, der einer mäßigen Richtung angehöre. Es widerstrebe dem Redner auf die Persönlichkeiten der Kandidaten einzugehen, er sei aber gezwungen dazu. Er selbst habe früher für Spielberg als Reichstags-Abgeordneten gesprochen, er müsse heute alles das zurücknehmen, was er früher über ihn gesagt, und er weist damit den Vorwurf des Hrn. K. Meyer zurück, inkonsequent zu sein. Hr. Spielberg habe die Wähler vollkommen enttäuscht in seiner Haltung als Abgeordneter, nämlich in der Polenfrage. Die preußische Regierung hatte die Nothwendigkeit einer Repolonisirung erkannt und die Ausweisung einer Anzahl eingewanderter Polen verfügt. Diese Maßregel wurde von dem Reichstage heftig bekämpft und nach einer Interpellation an die Reichsregierung ein Antrag des Centrums mit Stimmenmehrheit angenommen, wofür neben dem Centrum und den Polen die Elsässer und die Deutschfreisinnigen eintraten, wodurch diese Ausweisung als eine Ungerechtigkeit bezeichnet wurde. Im Abgeordnetenhause wurde darauf der Antrag Achenbach eingebracht, zu beschließen, zum Schutze der deutschnationalen Interessen in den östlichen Provinzen die Berechtigung und Pflicht der Staatsregierung für ihre Maßnahmen anzuerkennen. Hr. Spielberg hatte sich hierbei der Abstimmung enthalten, weil er, wie er sagte, sich davon keinen Erfolg für die Germanisirung versprechen könne. Damit habe er aber seinen nationalen Standpunkt nicht gewahrt, und es sei nicht verwunderlich erschienen, als derselbe später mit den Freisinnigen auch gegen das Ansiedelungsgesetz stimmte.

Wenn Hr. Spielberg dann für das Septennat gestimmt habe und dieser Umstand jetzt als ein Zeichen der gemäßigten Richtung der hiesigen freisinnigen Partei bezeichnet werde, so sei dagegen zu sagen, daß Hr. A. Meyer gegen das Septennat gestimmt hat. Mit dem Hinweis auf Spielberg wollte die Partei also nur Stimmen fangen. Wenn man den Hrn. K. Meyer aufzustellen versucht habe, so sei das doch auch kein Beweis der gemäßigten Richtung der Partei. Es sei anzunehmen, daß die Partei auf dieser schiefen Ebene weiter bleiben werde, und von Spielberg auf A. Meyer, dann zu K. Meyer sei nur noch ein Schritt zu dem Sozialdemokraten Aug. Hoffmann. Von Hrn. Gerichtsrath Riecke weiß der Redner überhaupt nichts.

Redner schließt mit dem Hinweis darauf, daß der Reichskanzler die nationalliberale Partei hoch achte, wie dies die Ernennung der Herren Bennigsen, Miquel und Harnack beweise. Das Feldzeichen der Wahlen solle sein: Mit Bismarck für ein freies Vaterland!

Die Herren Berghauptmann Heyden-Rhynsch, Professor Conrad und Pastor Palmié empfahlen hierauf von ihrem Standpunkte der einzelnen Kartellparteien die beiden Herren als Kandidaten zur Wahl. Hr. Büchner sprach den Wunsch aus, daß zur Orientirung der Wähler auch nach der Wahl zuweilen öffentliche Versammlungen stattfinden möchten, um die Wähler in Bekanntschaft mit den politischen Dingen zu erhalten, und der Vorsitzende versprach, daß dies in Erwägung gezogen werden solle. Die Versammlung erklärt sich dann fast einstimmig für die Wahl der genannten Herren Kandidaten.

Der Hr. Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf Kaiser Wilhelm II., in welches die Versammlung begeistert einstimmte.

---

* **Halle**, 21. Okt. Gestern abend fand im Hofjäger eine öffentliche Wählerversammlung statt, die meist von Fabrikarbeitern besucht war, aber nicht so zahlreich wie ähnliche frühere Versammlungen. Der erwartete Redner, Redacteur Max Schippel aus Berlin hatte telegraphisch gemeldet, nicht kommen zu können; und so ergriff denn Hr. Otto Mittag aus Giebichenstein das Wort zur Tagesordnung: „Die Stellung der Arbeiter zu den preußischen Landtagswahlen." Der Redner berührte zunächst kurz die seither eingetretenen, die Arbeiterpartei betreffenden Ereignisse, wie: den Irrsinn des Abgeordneten Hasenclever, den Tod Max Kaiser's, und drückte die Erwartung aus, daß das Andenken der Genannten im Gedächtniß aller Parteigenossen fortleben möge. Dann ging der Redner zu seiner eigentlichen Aufgabe über, indem er die bisherige Thätigkeit verschiedener Parteien einer Beleuchtung unterzog. In der nach dieser Richtung gehenden Erörterung ward zuerst das Verhalten der Kartellparteien im Reichstage besprochen, denen die ungleichmäßige Vertheilung der Steuern zu verdanken sei, u. a. die Branntweinsteuer, die nur den Arbeiter belastete. Das Septennat sei ebenfalls ein Werk erwähnter Parteien, die beim Zustandekommen desselben erklärt hatten, daß, wer nicht dafür stimme, als Reichsfeind zu betrachten sei. Ferner kam die Erhöhung der Getreidezölle zur Erörterung, deren erwarteter Nutzen für die Landwirthschaft, auf welche selbige berechnet waren, gänzlich ausgeblieben. Statt dessen seien schädliche Folgen eingetreten; durch die Getreidezölle müsse der Arbeiter sein Brot theurer bezahlen. Jene Zölle hätten nur den reichen Großgrundbesitzern genützt, nicht aber dem kleinen Landwirth. Die Großgrundbesitzer aber hätten jetzt die Klinke der Gesetzgebung in der Hand und benutzten dieselbe zum Nachtheil des Arbeiterstandes. Die Verlängerung der Legislaturperioden sei auch ein Werk der Kartellparteien, die nur bestrebt seien, die Rechte der Volksvertretung zu schmälern. Der Abgeordnete v. Helldorf habe ausdrücklich besagte Verlängerung als ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bezeichnet. Die Nichtunterstützung der Angehörigen zur Uebung in Friedenszeiten eingezogener Wehrleute sei ebenfalls dahin zu rechnen, was als Thätigkeit der Kartellparteien zum Schaden des Arbeiters geschehen, wie weiter die Beschränkung der Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, das Zuckersteuergesetz, welches einen Zuschuß von 14 Mill. M. jährlich für Ausfuhrprämien erfordere. Nach alledem könne sich der Arbeiter von den Kartellparteien gar nichts Günstiges versprechen und deren Kandidaten auch nicht unterstützen. Sodann wandte sich der Redner gegen die freisinnige Partei. Auch dieser Partei könnten die Arbeiter ihre Stimme nicht geben. Die freisinnige Partei trachte nur nach politischer Freiheit, aber nicht nach wirthschaftlicher Gleichheit, das sei des Redners Ueberzeugung. Nach solchen Erfahrungen, erklärte der Redner, habe der Arbeiter von keiner andern Partei etwas für sich zu erwarten. Es ward nun des Reichstagsabgeordneten Rickert Rede vom vorigen Sonntage beleuchtet, die in der Versammlung im „Prinz Karl" gehalten worden und kam namentlich der darin enthaltene Punkt betreffs „Wahlenthaltung" zur Erörterung. Den in erwähnter Versammlung erhobenen Vorwurf, daß eine Partei, die sich nicht an der Wahl betheilige, sich politisch todt mache, erklärte der Redner für falsch. Beim Stimmengeben müsse der Arbeiter vorsichtig sein; unter dem preußischen Wahlsystem könne sich kein Arbeiter an der Wahl betheiligen, schon wegen der Existenzfrage. Im weiteren Verlauf der etwa zweistündigen Rede ward erwähnt, daß nach des Redners Meinung gegnerische Versammlungen zu besuchen nicht zu empfehlen sei, da der Arbeiter daselbst nur aus Gnade geduldet werde, aber kein Recht habe, seine Meinung frei zu äußern; zum bloßen Saalfüllen müsse sich der Arbeiter aber zu gut halten. Der Rede folgte lauter Beifall der Zuhörer, worauf in eine Erörterung der Ausführungen des Vorredners eingetreten wurde. Ein Redner, Schneider Pape, sprach sich dahin aus, das gegnerische Versammlungen doch zu besuchen seien, da man auch von den Gegnern lernen könne. Hr. Hoffmeister ging in längerer Auseinandersetzung weiter auf Hrn. Mittags Ausführungen ein und kam auf seine vor 8 Tagen in der Wählerversammlung im „Prinz Karl" vorgeschlagene Wahlenthaltung zurück, wozu er damals keine Begründung habe anführen können, weil er zu frühzeitig weggegangen. Versammlungen der Gegner zu besuchen, halte er wohl für gerathen, auch schon deswegen, um nöthigenfalls Opposition machen zu können. Nach mancherlei kleinen Bemerkungen anderer Redner, wobei namentlich die Schädlichkeit des Sozialistengesetzes und die Nicht-Nothwendigkeit desselben hervorgehoben, sowie die einseitige Interessenpolitik der Parteien der besitzenden Klassen betont wurde, ward eine Resolution folgenden Inhalts eingebracht:

„Die heutige Versammlung erklärt, daß die Arbeiterschaft sich in keiner Art und Weise (d. h. mit Ausnahme derjenigen Genossen, welche durch Verhältnisse gewissermaßen gezwungen, mitzustimmen) an der bevorstehenden Landtagswahl betheiligen kann."

Ehe darüber abgestimmt werden konnte, ward zur Deckung der Tageskosten eine Tellersammlung vorgeschlagen, die Hr. Hoffmeister als unthunlich bezeichnete, da nach gemachten Erfahrungen die Sammler wegen „Veranstalten einer öffentlichen Kollekte" Bestrafung zu gewärtigen hätten. Der Vorsitzende (Hr. Senkkiehl) fing an, darüber eine Erklärung abzugeben, was unter öffentlicher Kollekte zu verstehen, kam aber nicht zu Ende, da der überwachende Polizeikommissar (Commissar Henze) den Redner unterbrach und die Versammlung, es war etwa 7 Minuten vor Mitternacht, für aufgelöst erklärte, worauf die Anwesenden sich ordnungsmäßig entfernten.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

— Ueber zwei nachgelassene Schriften Kant's, welche in Königsberg aufgefunden wurden, theilt Prof. v. Pflugk-Harttung in Basel im „Archiv für Geschichte der Philosophie" einiges mit. Betitelt sind die beiden Untersuchungen „Vom Uebergange von den metaphysischen Anfangsgründen der Naturwissenschaft zur Physik" und „System der reinen Philosophie in ihrem ganzen Umfange". Die Handschrift besteht aus 13 Konvoluten, welche zusammen 500 Seiten in Folio enthalten. Jedes Seite enthält Text, dem eine große Reihe von Nachträgen und Verbesserungen beigegeben sind, die augenscheinlich zu verschiedenen Zeiten gemacht wurden. Aus dem verschiedenen Federzuge ist zu ersehen, daß man es mit einer ersten Niederschrift, keiner fortlaufenden Abschrift zu thun hat. Das Ganze gewährt einen Einblick, wie Kant zu arbeiten pflegte. Er stellte bei sich zuerst den Plan und Aufbau des ganzen Werkes fest und arbeitete dessen einzelne Theile aus, je nachdem Zeit und Stoff ihm gerade gelegen kamen. Was er fertig hatte, sah er immer wieder von neuem durch; er ergänzte den Stoff und feilte unablässig an der Darstellung. Keine Seite ist in der Handschrift, die nicht Nachträge und Randbemerkungen aufwiese. Man kann dem Manuskript ansehen, wie Kant immer mehr und mehr allmälig Herr des Gegenstandes wird, mit dem er sich beschäftigt, und wie er ihn nach allen Seiten tiefig erwägt. Es war, wie man sieht, Kant's Art, erst alles, was er sagen wollte, jedes so genau, wie er vermochte, schriftlich festzustellen, ohne Rücksicht auf die Einordnung zu einem Ganzen, und erst dann, was er vor sich gebracht, zu sichten und endgültig abzufassen. Man weiß, daß Kant so über 12 Jahre an seiner Kritik der reinen Vernunft gearbeitet und sie dann in vier bis fünf Monaten niedergeschrieben hat. Prof. Pflugk berechnet, daß sich Kant mit den beiden nachgelassenen Schriften in der angegebenen Weise etwa 25 Jahre lang beschäftigt habe.

— Aus Wien berichtet man der Voss. Z.: Intendant Bezecny macht den letzten Versuch, um Dr Förster als Direktor für das Burgtheater zu gewinnen. Doch verlautet, Förster sei leidend und könne den Antrag nicht annehmen. In wahrscheinlichem Falle neuerlicher Ablehnung übernimmt Direktionssekretär Baron Dr Alfred Berger im Vereine mit einem Kollegium der Regisseure die provisorische Leitung des Burgtheaters und dieses Provisorium dürfte sich, wenn binnen bestimmter Zeit kein Direktor zu gewinnen wäre, in ein Definitivum verwandeln. Berger soll sehr gegen seinen Willen die Direktion übernehmen und wurde nur gewählt, weil er von Sonnenthal vorgeschlagen wurde.

— Dr Vincenzo Tassinari, Assistent des hygienischen Instituts der Universität Pisa, hat vor kurzem Untersuchungen über den Einfluß des Tabakrauches auf die Bakterien angestellt, deren Ergebnisse für Raucher wie Nichtraucher von Interesse sein dürften. Um den Vorgang, welcher beim Rauchen in der Mundhöhle des Menschen stattfindet, möglichst genau nachzuahmen, ließ Dr Tassinari den Tabakrauch durch eine horizontal gelagerte Röhre in einen größeren Hohlraum hineinstreichen, der durch ein hineingehängtes nasses Baumwollenbäuschchen ständig feucht gehalten wurde und auch die Bakterienkultur enthielt, welche der Einwirkung des Tabakrauches unterworfen werden sollte. Zur Probe wurden die gebräuchlichsten Tabaksorten Italiens benutzt: die große Virginiacigarre, die große Cavour-Cigarre, die kleine Cavour-Cigarre und der beste Cigarettentabak. Die Wirkung derselben wurde auf sieben Arten von Bakterien geprüft: den Cholerabacillus, den Milzbrandbacillus, den Eitercoccus, das Finkler-Prior'sche Bakterium, die Bacillen des Typhus und der Lungenentzündung und schließlich auf den Bacillus des blauen Eiters. Die Untersuchungen ergaben nun, daß der Tabakrauch die Entwickelung einiger Arten der Bakterien zu verzögern, einiger anderer ganz zu verhindern imstande ist. Durch gleichzeitig zur Gegenprobe angestellte Versuche mit Kulturen derselben Mikroorganismen, die nicht der Wirkung des Tabakrauches ausgesetzt waren, ergab sich nämlich, daß die große Cavour-Cigarre die Entwickelung der Eiterbacillen um 72 Stunden, die der Milzbrandbacillen sogar um 100 Stunden verzögert und die Cholera- und Typhusbacillen überhaupt nicht zur Entwickelung kommen läßt. Aehnliche Ergebnisse lieferte die Prüfung der anderen Tabaksorten. Dr Tassinari glaubt, daß der Tabakrauch diese vernichtende Wirkung auf die Bakterien ausübt infolge der chemischen Beschaffenheit der verschiedenen Stoffe, aus denen er besteht. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen beanspruchen einige Beachtung, weil man aus ihnen wichtige hygienische und selbst therapeutische Schlüsse ziehen kann. Doch wird man sie vorerst mit der ebenso sicher festgestellten Thatsache zu vereinen suchen müssen, daß der Tabakrauch auf die Schleimhaut des Athmungsapparates, besonders auf die Lunge einen schädlichen Einfluß ausübt. Uebrigens stellt Dr Tassinari weitere Untersuchungen in Aussicht, die besonders den Tuberkelbacillus betreffen sollen.

Provinzial-Nachrichten.

□ **Herzberg**, 19. Okt. Gestern, zur Gedächtnißfeier am Geburtstage Kaiser Friedrichs wurde auf der sog. Färberwiese hier eine Dreikaiser-Eiche gepflanzt. Hr. Sup. Gisevius hielt die Gedenkrede. Dem Akte wohnten der königliche Landrath v. Bodenhausen, die städtischen Behörden, die Schulen, der Landwehrverein und viele Bürger bei. Nach der Pflanzung der Eichen schlug der Herr Landrath einen silbernen Nagel in die Fahne des Landwehrvereins, den die Mitglieder desselben beschafft hatten, zum Andenken daran, daß sie zur Beisetzungsfeier Kaiser Wilhelms I. in Berlin gewesen, ein.

ω **Zahna**, 20. Okt. Seit kurzem hat die Aufforstung der ehemals als Tauschfläche in Aussicht genommenen Unterbergerspitze im nahen Kiehnbergswalde begonnen. Da auch zugleich die fiskalischen Oedlandskulturen bei Woltersdorf in diesem Jahre wieder in Angriff genommen werden, erwächst der ärmeren Bevölkerung reichlicher Verdienst. Unserm Förster ist deshalb für dies Jahr und für die Frühjahrsperiode der Förster Niemann aus Glücksburg zur Unterstützung beigegeben.

-n **Schlensingen**, 20. Okt. Hr. Regierungs-Präsident v. Brauchitsch aus Erfurt weilte in diesen Tagen hier, wie man sagt in Angelegenheit der hiesigen Post, für die ein neues Postgebäude in Aussicht genommen sei. Gestern begab sich der Hr. Präsident nach Themar. — Am 27. d. wird die festliche Eröffnung der neuen Bahn Themar-Schleusingen und die Probefahrt auf derselben erfolgen. Die Bahn ist normalspurig und wird jedenfalls später von hier aus über Schmiedefeld und Stützenbach nach Ilmenau weiter geführt werden. — Die erneuerte Kirche zu Frauenwald, deren Ausbau und Bedachung 12,000 M. gekostet hat wird demnächst eingeweiht werden. Die Weihe wird durch den General-Superintendenten D. Schultze vollzogen werden.

□ **Aus dem Kreise Schleusingen**, 20. Okt. Aus hiesigem Kreise wurden drei Volksschullehrer an die Stadtschule zu Erfurt versetzt. — Hr. Regierungspräsident v. Brauchitsch besichtigt z. Z. die Försterei unseres Kreises. — In Suhl wurde von dem Mineralquellenbesitzer Menz eine zweite Mineralquelle, deren stark sprudelndes Wasser 10,5 Grad (nach R.) warm ist und 1,10 spez. Gewicht besitzt, entdeckt. — In den Gebirgsthälern zeigte das 80theil. Thermometer heute früh 7 Uhr 5 Grad unter 0. — Das Gieschkalb der Kaiserfichen Prinzen (bald ein Schmalthier) hofft man noch ein Jahr als zahmes Thier im Stutenhaus am Adlersberg zu halten.

—r. **Ermsleben**, 20. Okt. Vorgestern starb nach längerem Leiden der in weiteren Kreisen bekannte Beigeordnete L. Strube — Das am 18. d. in der Kirche zu Pansfelde abgehaltene Missionsfest war ungeachtet des ungünstigen Wetters und der vorgerückten Jahreszeit zahlreich besucht. Auch Se. Exc. der Graf v. d. Asseburg-Falkenstein und Gemahlin waren anwesend. Das Gotteshaus war festlich geschmückt. Hr. Pastor Höpel-Magdeburg hielt die Festpredigt. In dem geschmückten Wohlgezogen'schen Saale fand eine Nachfeier statt. An Kollekten wurden 110 M. gesammelt, wovon die Hälfte die Berliner Missionsgesellschaft, die andere Hälfte die Magdeb. Stadtmission erhielt.

—oo— **Eisleben**, 19. Okt. Wie schon gestern mitgetheilt, ist jener Bergmann aus Klostermansfeld, der am 16. d. auf dem Wege nach dort von bisher noch unermittelter Person mit einem Messer oder einem ähnlichen Instrument in die rechtsseitige Schläfegegend gestochen worden war, im hiesigen gewerkschaftlichen Krankenhause gestorben. Bei der Obduktion des Leichnams fand sich, daß die Mordwaffe tief in das Gehirn ein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18881023028/fragment/page=0003

gedrungen war, der Stoß mit derselben muß daher mit voller Kraft erfolgt sein. Aus welcher Veranlassung die unglückliche That geschehen, ist bis jetzt noch nicht zu ermitteln gewesen.

□ **Nordhausen**, 19. Okt. In der am 16. d. abgehaltenen Sitzung der Handelskammer für die Bezirke Nordhausen und Sangerhausen wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Es wurde den Aeltesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg anheimgegeben, eine gemeinsame Berathung und Stellungnahme zu dem Entwurf der Alters- und Invaliden-Versicherung der Arbeiter durch Delegirte der Handelskammer der Provinz veranlassen zu wollen. 2. Gegen die von seiten der kgl. Staatsregierung von dem Fabrikanten verlangte Tragung der Besoldung von Steuerbeamten in Spritfabriken wurde beschlossen, beim Reichskanzler vorstellig zu werden. 3. Der Antrag der Handelskammer zu Halle betr. die beabsichtigte Herbeiführung der Ausdehnung des bestehenden Ausnahmetarifs für Getreide, Hülsenfrüchte, Mühlenfabrikate rc. auf das ganze Staatsbahngebiet wird dem Mitgliede des Bezirks-Eisenbahnrathes, Herrn Liebe, zu halbgefälliger weiterer Veranlassung überwiesen. 4. Die Ermäßigung der Frachtsätze für Brotzucker und gemahlene Rafinade für den Norddeutschen Donau-Umschlagsverkehr über Passau und Regensburg glaubt die Kammer nicht befürworten zu sollen. 5. Es soll an zuständiger Stelle gebeten werden, einen Vertreter der Handelskammer zum Bezirks-Eisenbahnrath Erfurt zuzulassen.

— Dem Gymnasialoberlehrer a. D. Prof. Dr Haacke zu Burg bei Magdeburg, dem Gymnasialoberlehrer a. D. Schulze zu Quedlinburg ist der Rothe Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

— In Eckartsberga wurden am 18. d. auf dem Schloßberge seitens des dortigen Landwehr-Krieger-Vereins zum Gedächtniß der Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III., sowie zugleich des 75jährigen Gedenktages der Völkerschlacht bei Leipzig zwei Eichen gepflanzt. An der Feier nahmen die Schuljugend mit ihren Lehrern, der Diakonus, Mitglieder des Magistrats und der Gesangverein Liederkranz theil. Der Hr. Diakonus hielt die Gedächtnißrede.

(?) **Goslar**, 19. Okt. Der Vorstand des Bezirks 18b des Deutschen Kriegerbundes, welcher hier in Goslar seinen Sitz hat, hielt am 15. d. im „Römischen Kaiser" hier gemeinschaftlich mit den Vorständen der hiesigen Kriegervereine eine Sitzung, um zu berathen, welche Schritte zu unternehmen sind, daß das Denkmal für Kaiser Wilhelm I., errichtet von alten Soldaten des deutschen Heeres, in unserer alten Kaiserstadt errichtet würde. Nach dem Beschlusse der am 7. d. in Berlin versammelt gewesenen Abgeordneten der Deutschen Kriegerverbände stehen bekanntlich der Kyffhäuser und Goslar zur Wahl. Der Ausschuß, welcher die Aufstellung des Denkmals unter Zuziehung von Sachverständigen vorzubereiten hat, besteht aus den Herren Oberst v. Elpons, Dietsch, Schweder und Dr Westphal. Beschlossen wurde in vorbezeichneter hiesiger Sitzung, daß der hiesige Bezirksvorstand sich mit jenem Ausschusse in Verbindung setzen und die Herren einladen solle, unsere Stadt zu besuchen. Diese Einladung ist bereits an den Vorsitzenden des Deutschen Kriegerbundes, Hrn. Oberst z. D. v. Elpons, abgegangen. — Großes Befremden erregt hier ein Aufsatz in Nr. 42 der „Deutschen Lesehalle", Sonntagsbeilage des „Berliner Tageblattes", geschrieben von einem Dr A. Eichler. Derselbe zeugt von einer solchen Unkenntniß hiesiger Verhältnisse, daß man erkennt, Goslar ist dem Verfasser vollständig unbekannt. Allgemein wird hier angenommen, daß der Dr E. einen vor etwa hundert Jahren über Goslar geschriebenen Aufsatz als Grundlage zu seinem unwahren Berichte benutzt hat. Welche Absicht der Verfasser hat, unsere Stadt in dieser Weise, allen jetzigen Verhältnissen widersprechend, zu beschreiben, ist uns nicht bekannt. Die ausgetauchte Vermuthung, daß dabei vielleicht schon die Kriegsdenkmalssache im Spiele sei, ist zu verwerfen. Wahrscheinlich ist die Erklärung nichts weniger als idealer Natur.

— In Dresden feierte am 18. d. der frühere mehrjährige Commandeur des Garde-Reiter-Regiments, der Oberst a. D. Graf v. Holtzendorff, die 75jährige Wiederkehr des Schlachttages von Leipzig, an welchem er als 19jähriger junger Offizier in den Reihen des Regiments focht. Eine Abordnung des Regiments mit seinem Commandeur an der Spitze beglückwünschte den greisen Jubilar in seiner Wohnung. Das Regiment führte 1813 den Namen Leib-Kürassier-Garde.

— Am 20. d. ist die Zuckerfabrik Hötensleben bei Schöningen vollständig niedergebrannt.

Vermischtes.

— [Die Gabel des Kaisers,] welche in einem prächtigen Etui überall mitgeführt wurde, ist aus hartem Golde sehr kunstvoll gearbeitet und von eigenthümlicher Form, sodaß sie gleichzeitig als Messer und Gabel benutzt werden kann. Da der Kaiser sich des linken Armes nicht ohne Unbequemlichkeit bedienen kann, so pflegt er jene Gabel auf Reisen und auch bei der Jagd mit sich zu führen. Die Gabel, welche bei einem potsdamer Goldarbeiter gearbeitet ist, hat drei Zinken neben einer vierten flachgearbeiteten, die nach der Außenseite hin schneidet. Auf dem Griffe ist ein W mit einer Krone eingrabirt. Die Gabel, die schon in Peterhof und Wien viel bemerkt wurde, soll übrigens ein Geschenk der Kaiserin Augusta Viktoria sein.

— [Die Geschenke des Kaisers.] Die Einzelheiten, welche ein londoner Blatt (Truth) über die vom Kaiser mitgenommenen Geschenke bringt, sollen durchweg auf Erfindung beruhen. Ein Theil der zur Vertheilung gelangten Geschenke ist bei einem großen wiener Goldarbeiter gekauft worden. Auch hat der Kaiser in Rom bei dortigen Juwelieren größere Einkäufe machen lassen.

— [Eine heitere Erinnerung vom Kaiserbesuch in Neapel] theilen italienische Blätter mit. Unter den Vereinen, die in Neapel auf dem Toledo defilirten, befanden sich auch unter Führung des Fürsten Caracciolo 500 spazzini (Straßenfeger) in einer nagelneuen Uniform, welche sie eigens zu dem feierlichen Zwecke erhalten hatten. Als Kaiser Wilhelm den seltsamen Aufzug erblickte und über die Uniform nicht recht klar werden konnte, richtete er an König Humbert die Frage: Cosa è? (Was ist das?). Der König setzte seinem Gaste den Zweck der Truppe auseinander, worauf der Kaiser lachend bemerkte: „Ah! A Berlino chiamiamoli Besengarde!"

— [Explosion.] Wie schon kurz gemeldet, hat am 17. d. im Hafen von Calais an Bord des französischen Petroleum-Tampfers „Ville de Calais" eine von schweren Folgen begleitete Explosion stattgefunden. Der Dampfer hatte die Entlöschung seiner Petroleumladung in die am äußersten Ende des Docks befindlichen Sammelbehälter beendigt und sollte nach Newcastle abgehen, um dort eine kleine Ausbesserung vorzunehmen und alsdann seine Reise nach Philadelphia anzutreten. Man hatte mit dem Einnehmen des Wasserballastes begonnen, als der erste Offizier und der dritte Maschinist in den Raum hinabstiegen. Wenige Augenblicke später schoß eine ungeheure Feuergarbe über 100 m in die Höhe. Es ist anzunehmen, daß einer der beiden Unglücklichen durch Anzünden eines Lichtes die Explosion der Petroleumgase herbeigeführt hat. Bis in die Straßen der Stadt wurden die Schiffstrümmer geschleudert. Die Mannschaft der „Ville de Calais" bestand aus 29 Personen, wovon z. Z. des Unfalles nur 9 an Bord waren. Drei derselben, der erste Offizier, der dritte Maschinist und ein Matrose wurden getödtet. Zwei Schiffsjungen, welche sich gerade auf dem vorderen Schiffsraum befanden, sprangen über Bord und wurden gerettet. Einem Matrosen wurden beide Beine gebrochen. Das Schiff brach sofort in zwei Theile. Der Hintertheil, welches den Proviant und in einer Abtheilung einen Rest Petroleum enthielt, brannte die ganze Nacht; die Maschine blieb unversehrt. Glücklicherweise blieb es windstill, so daß das Dock und die übrigen im Hafen liegenden Schiffe vom Feuer verschont blieben. Der Dampfer „Ville de Calais" war mit 800,000 Frcs. versichert.

— [Explosion.] Aus Köln berichtet man, daß am Freitag nachm. in der Karbonitfabrik zu Schlebusch sich eine Explosion ereignete, wobei drei Personen getödtet und mehrere andere schwer verwundet wurden. In der weiteren Umgebung des Ortes machte sich die Explosion durch eine Erschütterung der Gebäude bemerklich.

** [Eine bedeutende Erdabrutschung,] so berichtet man uns telegraphisch aus Rom, erfolgte in der Nacht zum Sonntag zwischen Salandro und Grassano (Provinz Tarent); dieselbe erreichte den von Neapel nach Brindisi gehenden Zug und es wurden hierdurch 6 Personen getödtet und etwa 10 verwundet.

— [Hauseinsturz.] In Düsseldorf stürzte am 20. d. ein im Rohbau fertiges Haus auf der Herzogstraße in sich zusammen. Von 6 verschütteten Arbeitern wurden 3 gerettet.

— [Ein seltenes Jubiläum] beging am Mittwoch die „Teichen-Bodenbacher Zeitung;" an diesem Tage wurde das Blatt nämlich zum dreihundertsten Male beschlagnahmt. Interessant wird diese Thatsache dann, wenn man erwägt, daß alle diese Beschlagnahmen erst in den letzten zehn bis zwölf Jahren erfolgten; so wurde das Blatt im v. J. 26mal, heuer bereits 19mal mit Beschlag belegt. Solche Jubiläen sprechen gewiß eine recht deutliche Sprache.

— [Die londoner Frauenmorde.] Man schreibt uns aus London: Der Vorsitzende des Wachsamkeits-Ausschusses, welcher sich im Whitechapel nach den jüngsten Mordthaten gebildet hat, Lusk, erhielt letzter Tage eine Schachtel zugeschickt, deren Inhalt sich als ein Stück menschlicher Niere herausstellte. Es ist dabei zu bemerken, daß dem letzten ermordeten Frauenzimmer die linke Niere herausgeschnitten war. Lusk hat auch mehrere Postkarten erhalten, welche im Stile Jack's des Aufschlitzers verfaßt waren.

— [Personalnachrichten.] Seit etwa 14 Tagen ging durch die Blätter die Nachricht, Pfarrer Scheyer, der Erfinder des Volapük sei gestorben. Diese Nachricht war irrig; Pfarrer Scheyer war wohl krank, hatte sich aber wieder erholt. Nun meldet die „Straßb. Post", die Besserung habe nicht angehalten und Scheyer sei am 18. d. gestorben. — Der Präsident des Schulrathes der züricher eidgenössischen polytechnischen Schule, Dr. Kappler, welcher von 1848—1851 Mitglied des Ständerathes und viermal dessen Präsident war, ist gestorben.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

* Wien, 21. Okt. Vormitt. 10 Uhr 40 M. Oesterr. Kreditaktien 314,10, 4% Ungar. Goldrente 101,35. fest.

— Kupfer-Syndikat. Wie der Köln. Ztg. aus Paris gemeldet wird, soll zwischen dem Kupferring und den betheiligten Grubenverwaltungen das Uebereinkommen betr. Verlängerung der Verträge unterzeichnet sein. Wie aus London berichtet wird, sind letzthin wieder 1066 t Chilibarren von Liverpool nach Frankreich hinübergelegt worden, angeblich, weil Vorschüsse auf Kupfer jetzt leichter in Frankreich als in England zu erlangen sind. Die Konvention des Kupfer-Syndikats und der Rio Tinto-Gesellschaft soll definitiv unterzeichnet sein, sie impliziert eine Verlängerung der Kontrakte um acht Jahre, eine Erhöhung des Uebernahmepreises und die Einschränkung der Produktion.

* New-York, 21. Okt. (Tel.) Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 8,634,041 Doll., davon für Stoffe 2,120,775 Doll. Der Werth der Einfuhr der Vorwoche betrug 9,053,051 Doll., davon für Stoffe 2,288,502 Doll.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* Berlin, 20. Okt. (Amtl.) Weizen per 1000 kg. Loco unverändert. Termine höher. Gekündigt 100 t. Kündigungspreis 187,5 M. Loco 174—200 M. nach Qualität. Gelbe Lieferungsqualität 187 M., per diesen Monat —.—, per Okt.-Nov. —.—, per Nov.-Dez. 187,75—188,25—187,5 bez., per Dez. —.—.

Weizen (neuer Usance mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 kg. Loco unverändert. Termine —.—. Gekündigt —.— t. Kündigungspreis —.— M. Loco 176—200 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 193,5 M., per April-Mai 1889 207,5—207,75—207 bez.

Roggen per 1000 kg. Loco feine Waarl fest. Termine still. Gekündigt 1050 t. Kündigungspreis 159,5 M. Loco 152—165 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 159,5 M., inländ. alter mit Geruch 159—159,5 ab Boden bez., per diesen Monat —.—, per Okt.-Nov. und per Nov.-Dez. 159,75—160—159,25 bez., per Dez. 160,5—160,75—160 bez., per April-Mai 165,75—166—165,25 bez.

Gerste per 1000 kg. Fest. Große und kleine 134—200 M. nach Qualität. Futtergerste 134—146 M.

Hafer per 1000 kg. Loco fest. Termine höher. Gekündigt 1050 t. Kündigungspreis 151,5 M. Loco 135—166 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 145 M., pommerscher guter 147—152, feiner 155—158 ab Bahn bez., preußischer mittel 140—145 ab Bahn bez., russischer 134—143 ab Kahn und frei Wagen bez., per diesen Monat 151,5—151,75 bez., per Okt.-Nov. 133,25—136,5 bez., per Nov.-Dez. 135—135,75—136,5 bez., per Dez.-Jan. 136—136,75 bez., per April-Mai 1889 140 bez.

* Magdeburg, 20. Okt. (Gebr. Fredeberg.) Landweizen 134—138, Weißweizen —, glatter engl. Weizen 130—135, Rauhweizen 170—175, Roggen 164—170, Chevaliergerste 165—205, Landgerste 150—165, Hafer 142—152 M. für 1000 kg.

* Leipzig, 20. Okt. Weizen per 1000 kg netto loco inländ. 188—192 M. bez. u. Br., ausländischer 210—215 M. bez. u. Br. Ruhig. Roggen per 1000 kg netto loco inländ. 170—175 M. bez. u. Br., ausländ. 167—170 M. bez. u. Br. Unverändert. Gerste per 1000 kg netto loco Braugerste 150—180 M. bez. u. Br., Mahl- und Futterwaare 140—150 M. bez. u. Br. Hafer per 1000 kg netto loco inländ. 147—152 M. bez. u. Br., russischer 145 M. Br.

* Hamburg, 20. Okt. (Amtl.) Weizen 17,00—18,00, Roggen 17,00—17,50, Gerste 14,00—16,00, Hafer 13,00—13,50 M.

* Stettin, 20. Okt. Weizen fest, loco 180,00—187,00, per Nov.-Dez. 189,50, per April-Mai 196,00. Roggen fest, loco 155,00—160, per Nov.-Dez. 156,00, per April-Mai 160,50 Pommerscher Hafer loco 136—143.

* Köln, 20. Okt. (Telegr.) Weizen hiesiger loco 21,00, neuer loco 18,50, fremder loco 22,00, per Nov. 20,60, per März 21,65. Roggen hiesiger loco neuer 14,50, fremder loco 17,00, per Nov. 15,80, per März 16,80. Hafer hiesiger loco 14,25.

* Hamburg, 20. Okt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 160 bis 182. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 170—185, russischer loco fest, 110 bis 112. Hafer fest. Gerste fest.

* Breslau, 20. Okt. Roggen pr. Okt. 154,00, pr. Nov.-Dez. 154,00, per Dez. 156,00.

* Mannheim, 20. Okt. Weizen per Nov. 20,70, per März 21,75, per Mai 21,95. Roggen per Nov. 16,05, per März 16,75, per Mai 16,95. Hafer per Nov. 13,50, per März 14,00, per Mai 14,35.

* Wien, 20. Okt. (Telegr.) Weizen per Herbst 8,35 Gd., 8,37 Br., per Frühjahr 1889 9,03 Gd., 9,05 Br. Roggen per Herbst 6,15 Gd., 6,20 Br., per Frühjahr 1889 6,70 Gd., 6,72 Br., Hafer per Herbst 5,55 Gd., 5,77 Br., per Frühjahr 1889 6,10 Gd., 6,12 Br.

* Pest, 20. Okt. (Telegr.) Weizen loco preishaltend, per Herbst 7,76 Gd., 7,78 Br., per Frühjahr 1889 8,57 Gd., 8,59 Br. Hafer per Herbst 5,02 Gd., 5,05 Br., per Frühjahr 1889 5,65 Gd., 5,67 Br.

* Paris, 20. Okt. nachm. (Telegr.) (Schlußbericht.) Weizen fest, per Okt. 27,25, per Nov. 27,75, per Nov.-Febr. 27,50, per Jan.-April 28,40. Roggen ruhig, per Okt. 15,00, per Jan.-April 16,25.

* Antwerpen, 20. Okt. (Telegr.) (Schlußber.) Weizen ruhig. Roggen unverändert, Hafer fest, Gerste still.

* Amsterdam, 20. Okt. (Telegr.) Weizen per Nov. 229, per März 229, Roggen per Okt. 132 à 131, per März 140 à 139.

* New-York, 20. Okt. (Telegr.) Anfangsnotirungen. Weizen per Dez. 111¼.

* New-York, 19. Okt. (Telegr.) Rother Winterweizen loco 110, per Okt. 108⅞, per Nov. 110, per Mai 116⅞.

Kaffee.

* Hamburg, 20. Okt. Kaffee ruhig, Umsatz 2500 Sack.

* Hamburg, 20. Okt. vorm. 11 Uhr — M. Kaffee good average Santos per Okt. 71 per Dez 71⅞, per März 1889 71¼, per Mai 71¼. Fest.

* Hamburg, 20. Okt. nachm. 3 Uhr 30 M. (Schlußbericht) Kaffee good average Santos per Okt. 72, Dez. 72, März 71¾, per Mai 71¾. Fest.

* Havre, 20. Okt. Vorm. 10 Uhr — M. (Telegramm von Pelmann, Fischer & Comp.) Kaffee. New-York schloß 25 Points Baisse. Rio 12,000 Sack, Santos 15,000 Sack. Rententes für gestern.

* Havre, 20. Okt. Vorm. 10 Uhr 20 M. (Telegramm von Pelmann Fischer & Comp.) Kaffee good average Santos Okt. 88,50, Dez. 88,50 per März 88,50. Behauptet.

* Amsterdam, 20. Okt. Java-Kaffee good ordinary 48.

* New-York, 19. Okt. (Telegr.) Kaffee (Fair Rio-) 16. Rio Nr. 7 low ordinary per Okt. 14.00, do. do. per Jan. 13,47.

Zucker.

Magdeburger Börse.

	19. Okt.	20. Okt.
Granulated	21,00—21,25 M.	21,00—21,25 M.
Krystallzucker I.	27,00 „	27,00 „
Krystallzucker II.	26,20 „	26,20 „
Korns.Rend. 92%	17,20—17,50 „	17,20—17,40 „
Rendement 88%	16,60—16,90 „	16,60—16,80 „
do. Rend. 75°	13,00—14,00 „	13,00—14,00 „

Tendenz am 20. Okt.: Matt.

	19. Okt.	20. Okt.
fein Brodrafinade	29,00 M.	29,00 M
fein Brodrafinade	—.— „	—.— „
Gem. Raffinade	28,00—28,50 „	28,00—28,50 „
Gem. Melis I.	26,75 „	26,75 „

Tendenz am 20. Okt.: Fest.

Terminpreise für Rohzucker I. Produkt:

abzüglich Steuervergütung.

a. frei auf Speicher Magdeburg.

Okt. —.— Br.
Nov.-Dez. 12,77½.
Jan.-März 12,90 Br.

b. frei an Bord Hamburg.

Okt. 13,25 bez. 13,27½ Br. 13,22½ G.
Nov. 12,95 bez.
Nov.-Dez. 13,00—12,95—12,97½ bez.
Dez. 13,00—12,95—13 bez. Br. 12,97½ G.
Jan.-März. 1889 13,12½—13,07½—13,10 bez. 13,12½ Br. G.
März-Mai 1889 13,20 G.
Tendenz: Ruhig.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Hamburg, 20. Okt. Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88% Rendement frei an Bord Hamburg, per Okt. 13,25, per Dez. 13,00, per März 13,17½ per Juni 13,35. Ruhig.

* Hamburg, 20. Okt. (Nachmittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement, frei an Bord Hamburg, per Okt. 13,20, per Dez. 12,97, per März. 13,15, Juni 13,30. Matt.

* London, 20. Okt. (Telegr.) 96% Javazucker 16½, ruhig, Rübenrohzucker 13¼ ruhig.

* Paris, 20. Okt. (Telegr.) Rohzucker 88° matt, loco 33,50 à 33,75 Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 kg per Okt. 37,50, per Nov. 37,10, per Okt.-Jan. 37,30, per Jan.-April 38,00.

* New-York, 19. Okt. (Telegr.) Zucker (Fair refining Muscovados) 5 5/16.

Spiritus.

* Berlin, 20. Okt. (Amtlich). Spiritus per 100 l à 100% = 10,000 l% nach Tralles loco mit Faß (versteuerter). Termine —. Gekündigt —.— l. Kündigungspreis —.— M. Durchschnittspreis — M., per diesen Monat —.— bez. per Sept.-Okt. —.— bez.

Spiritus per 100 l 100 % = 10,000 % (versteuerter) loco ohne Faß —.—.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe ohne Faß. Höher. Gek. —.— l. Kündigungspreis —.— Mark bezahlt. Loco 52,80 Mark bezahlt. Durchschnittsp. —.—, per diesen Monat, per Okt.-Nov. —.— bez. per Nov.-Dez. 52,2—52,0 bez., per April-Mai 1889 54,8—54,7 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Behauptet. Gekündigt 20,000 l. Kündigungspreis 32,60 M. Loco ohne Faß 32,60 bezahlt, mit Faß —, per diesen Monat, per Okt.-Nov. —, per Nov.-Dez. 32,7—32,8, per April-Mai 1889 35,1—35,3 bezahlt.

* Magdeburg, 20. Okt. (Germann Walther.) (Wochenbericht.) Vom Spiritus-Markte ist wenig Neues zu berichten, da Zufuhren neuer Waare bisher nur in verschiedenen kleinen Mengen herangekommen und sonstige Abschlüsse nur in geringem Maße gemacht worden sind. Die Tendenz des Marktes war im Anschluß an die Berliner Börse meistens matt, so daß Preise im Vergleich zum Schlußstand der Vorwoche etwa 1 M. im Werthe eingebüßt haben, doch war der Umsatz wegen mangelnden Angebotes äußerst beschränkt und die Notizen sind dementsprechend an einzelnen Tagen nur als Nennwerthe zu betrachten.

Kartoffelspiritus, daleiend ohne Faß, wurde amtlich wie folgt notirt:

15.	Okt.	53.80—54.20	mit	50 M.	Steuerausschlag.
„		34.40	„	70 „	„
16.	„	53.60—54.00	„	50 „	„
„		33.50	„	70 „	„
17.	„	52,90—53.30	„	50 „	„
„		33.40	„	70 „	„
18.	„	52.90—53.30	„	50 „	„
„		33.30	„	70 „	„
19.	„	52.40—52.80	„	50 „	„
„		33.20	„	70 „	„
20.	„	52.40—52.80	„	50 „	„
„		33.40	„	70 „	„

Vom Speicher unter freier Vorhaltung der Gebinde in größeren Posten nicht gehandelt.

* Magdeburg, 20. Okt. Kartoffelspiritus für 10,000 l% loco ohne Faß 52.40—52.80 M. bei 50 M., 33.40 bei 70 M. Steuerausschlag.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Leipzig, 20. Okt. Spiritus per 10,000 l% ohne Faß loco unversteuert per 32,80 M., 50er 52,30 M. nominell.

* Posen, 20. Okt. Spiritus loco ohne Faß (50er) 50,90, do. do. (70er) 31.30, do. do. mit Verbrauchsabgabe von 70 M. und darüber —.—. Gef. —.— l. Fester.

* Stettin, 20. Okt. Spiritus fest, loco ohne Faß mit 50 M. Konsumsteuer 52.60, mit 70 M. Konsumsteuer 32,8, per Okt.-Nov. mit 70 M. Konsumsteuer 32,20, per Sept.-Okt. mit 70 M. Konsumsteuer —.—.

* Hamburg, 20. Okt. Spiritus still, per Okt. 21½ Br. per Nov.-Dez. 21½ Br., per Dez.-Jan. 22½ Br. per Jan.-Febr. 23 Br.

* Breslau, 20. Okt. Spiritus per 100 l 100% ex. 50 M. Verbrauchsabgaben per Okt. 50,70, per Okt.-Nov. 50,70 do. per Nov.-Dez. 50,70 do. 70 M. Verbrauchsabgaben per Okt. 31,20.

* Paris, 20. Okt. (Schlußbericht.) Spiritus ruhig, per Okt. 41.75 per per Nov. 41,25, Nov.-Dez. 41,25, per Jan.-April 41,75.

Petroleum.

* Berlin, 20. Okt. (Amtl.) Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posen von 100 Ctr. Termine —. Gekündigt —.— kg. Kündigungspreis —.— M. Durchschnittspreis —.— M. Loco —. diesen Monat —.— M., per Sept.-Okt. —.— Dez.-Jan. —.—.

* Stettin, 20. Okt. Loco verzollt 12,75.

* Hamburg, 20. Okt. Petroleum ruhig, Standard white loco 8,10 Br., 8,05 Gd., pr. Nov.-Dez. 8.05 Br.

* Bremen, 20. Okt. (Schlußbe.) Niedriger. Standard white loco 8,05 Br.

* Antwerpen, 20. Okt. (Telegr.) (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 20½ bez. und Br., per Okt. — bez., 20½ Br., per Nov.-Dez. — bez. 20 Br., per Jan.-März — bez. 19½ Br. Ruhig.

* New-York, 20. Okt, vormittags. (Telegr.) Petroleum (Anfangscourse.) Pipe line certifikates 95½.

* New-York, 19. Okt. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70½ Abel Test in New-York 7¾ Gd., do. Philadelphia 7¾ Gd. Rohes Petroleum in New-York 6⅛ C., do. Pipe line Certificats 95½. Letzt.

Der neue reichste illustrirte Prospekt über die bekannte rauch- und geruchlose **Carbonnatron-Heizung** in kragbaren Oefen (ohne Schornstein brennend) sc. ist von der **Carbon-Natron-Heiz-Cie. in Dresden** gratis zu beziehen. In **Halle a. S.** von **W. Heckert.**

Ein Pharus im Meere der Krankheit zu nennen die Ausländer das deutsche Product, das in den Sodener Mineral-Pastillen seit zwei Jahren auf den medicinischen Markt gekommen. Ihre strengen Versuche haben sie zu der Ueberzeugung geführt, daß wo alle anderen angewandten Mittel zur Gesundung und Linderung von Hals-, Brust- und Lungenleiden machtlos waren dieselben noch staunenswerthe Erfolge erzielt. Hoffend bedient sich ihrer der Kranke und segnend kann er auf eine solche Kur zurückschauen, denn unendlich groß ist die Heilkraft der gütigen Natur, ist die Wirkung der Sodener Mineralquellen und somit auch folgerichtig der Sodener Mineral-Pastillen als deren Product. Alle Apotheken, Droguerien und Mineral-Wasserhandel haben den Verschleiß dieses trefflichen Medicaments übernommen und zwar zu dem billigen Preise von 85 ₰ pro Schachtel. (Beim Einkaufe verlange man nachdrücklichst **Aechte** Sodener Mineral-Pastillen und achte, ob deren Schachteln mit ovaler blauer Schlußmarke mit dem Facsimile Ph. Herm. Fay versehen sind.)

Man hustet nicht mehr wenn man Dr. R. Bock's Pectoral (Hustenstiller), welches die namhaftesten Bühnenkünstler Deutschlands für das beste Mittel gegen Heiserkeit, Husten, Schnupfen rc. erklärten, anwendet. In Dosen (60 Pastillen enthaltend) à M 1 in den Apotheken erhältlich. Die Bestandtheile sind außen auf jeder Schachtel angegeben.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18881023028/fragment/page=0004